

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Bezugspreis:**  
 Vierteljahr 4.50 RM., monatlich 1.50 RM.  
 frei ins Haus, vorauszahlbar. Einzelne  
 Nummern 10 Pf. Holzbezug: Romantisch  
 1.50 RM. Unter Kreuzband für  
 Deutschland und Oesterreich-Ungarn  
 5.— RM. für das übrige Ausland  
 4.50 RM. monatlich. Versand ins Feld  
 bei direkter Bestellung monatlich 1.80 RM.  
 Holzbelegungen nehmen an Dänemark,  
 Holland, Preussisch-Schweden und die  
 Schweiz. Eingetragen in die  
 Gold-Platin-Verzeichnisse.  
 Erscheint täglich.  
 Telegramm-Adresse:  
 „Sozialdemokrat Berlin“.

**Anzeigenpreis:**  
 Die Nebengehaltene Rotationszelle kostet  
 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das  
 festgedruckte Wort 30 Pf. (zählend  
 2 festgedruckte Worte), jedes weitere  
 Wort 15 Pf. Stellengeld und  
 Schließelangelegen das erste Wort  
 30 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf.  
 Worte über 15 Buchstaben zahlen für  
 zwei Worte. Fernerungszuschlag 20%.  
 Familien-Anzeigen, politische und  
 gesellschaftliche Berichte - Anzeigen  
 50 Pf. die Zeile. Anzeigen für die  
 nächste Nummer müssen bis 3 Uhr  
 nachmittags im Hauptgeschäft Berlin  
 SW. 68, Lindenstraße 3, abgelesen  
 werden. Größtens von 8 Uhr früh bis  
 7 Uhr abends.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.  
 Fernsprecher: Amt Morosplatz, Nr. 151 90-151 97.

Freitag, den 24. Mai 1918.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.  
 Fernsprecher: Amt Morosplatz, Nr. 151 90-151 97.

# Berliner Brotration: 1750 Gramm.

Berlin, 23. Mai. Der Lebensmittelverband Groß-Berlin hat in seiner heutigen Sitzung beschlossen, die Portion der Hauptbrotration von Mitte Juni ab um etwa 10 Prozent zu kürzen und demnach auf 1750 Gramm festzusetzen. Die Zusatzbrotration bleibt mit 450 Gramm unverändert. Als Ersatz werden Nahrungsmittel (Graupen, Feigwaren usw.) gewährt. Des Weiteren ist bekanntlich eine Ersatzgabe von Zucker in Aussicht genommen.

## Der japanisch-chinesische Hilfsvertrag.

Die Bedeutung des zwischen Japan und China geschlossenen Abkommens wird nur teilweise enthüllt. Die „Times“ behauptete zwar vor einigen Tagen, aus Washington vernommen zu haben, daß die Vereinigten Staaten und die Regierungen der Alliierten über die Verhandlungen unterrichtet seien, die zum Abschluß des Abkommens geführt hätten. Jedoch haben diese Mächte nicht die Absicht, der Öffentlichkeit das Gerede zu unterbreiten. Dem „Nieuwe Rotterdamse Courant“ zufolge berichtet ein Exchange-Telegramm aus Washington vom 23. Mai: Der Gesandte der Vereinigten Staaten in Peking berichtet, daß es ihm nicht möglich war, den Text des japanisch-chinesischen Abkommens zu bekommen, doch er teilt mit, daß dasselbe nur im Falle einer Intervention in Sibirien oder falls energische militärische Maßnahmen in der Mandschurei notwendig seien, in Kraft treten werde. Er weist darauf hin, daß Japan nicht beabsichtigt, in Sibirien einzugreifen, aber sich zum Handeln vorbereite, um bereit zu sein, wenn die Alliierten ihre Zustimmung gäben.

Man hat den Vertrag also einen Schritt in der Entwicklung der Interventionsfrage anzusehen. Es ist wohl nicht unwesentlich, daran zu erinnern, daß die Interventionsaktion vor Wochen in eben demselben Augenblicke im bedrohlich frischen Fluß zu stehen begann, als man anfing, von der Beteiligung Chinas an dem militärischen Unternehmen zu sprechen. Nachrichten verwiesen auf die Unmöglichkeit einer Teilnahme Chinas, solange die inneren Kämpfe keinen Ausgleich gefunden hätten, und bald darauf zeigte sich, daß der rebellische Süden, der unter Japans Einfluß steht und handelt, sich militärisch auf Zugeständnisse an den Norden einließ. Wie weit diese Zugeständnisse gehen und in welcher Weise sie in dem nunmehr erreichten Abkommen Chinas mit Japan eine Rolle spielen, ist bisher nicht bekannt geworden. Der „Manchester Guardian“ fürchtet aber, daß der parlamentarische chinesische Süden das Opfer der Verständigung werden kann. Das Ergebnis besteht nun aber allem Anschein nach darin, daß der chinesische Norden den innerpolitischen Vorteil damit bezahlte, daß er der von Japan geplanten Intervention militärisch auf seinem Boden Bewegungsfreiheit zubilligte. Die Ausichten der Bolschewiki, daß in Sibirien die Gegenrevolution losbricht, wachsen damit dem akuten Stadium entgegen.

Nach einer Neutermeldung aus London, die der „Frankfurter Zeitung“ am Dienstag aus dem Haag übermittelt worden ist, hat auch die Haltung der Washingtoner Regierung sich verändert. Die Schranke, die diese bisher dem Eingreifen gegen die Bolschewiki entgegensetzte, scheint hochgelassen werden zu sollen. Neuter meldet nämlich: „Die amerikanische Regierung ist aus Verichten vertrauenswürdigere Agenten, die vor kurzem aus Rußland zurückgekehrt sind, zu der Ueberzeugung gelangt, daß das russische Heer niemals dazu gebracht werden könne, wieder zu kämpfen, und daß eine Aktion, wie sie im chinesisch-japanischen Vertrag vorgesehen sei, notwendig sei. Die wichtigste politische Frage darin ist, daß Japan, Amerika und die Alliierten berechtigt sind, auch ohne besondere Aufforderung der Sowjetregierung einzuschreiten. Wenn die Sowjetregierung ein solches Ersuchen stellen würde, so würden die Vereinigten Staaten die ersten sein, die bolschewistische Regierung anzuerkennen.“ Mit anderen Worten: sie soll den Kopf freiwillig selber in die Schlinge stecken, dann wird Washington sie anerkennen. Ein Skoropadsky ist in der Person des Kosaken Generals Semonow längst in Vereiterschaft.

Es ist nicht überflüssig, bei dieser Fuspigung der Lage an den scharfen Protest zu erinnern, den Tschitscherin vor kurzem wegen gegenrevolutionärer Beihilfe an die Regierungen der Alliierten ergehen ließ. Von einer Antwort der Alliierten hat man nichts gehört. Wohl aber kam die Nachricht, daß Tschitscherin sein Amt als Volkskommissar des Auswärtigen aufgegeben hat. Es lag nahe, dabei an den Krimnotenwechsel mit der deutschen Regierung zu denken. Aber die Vorgänge im fernen Osten, die nunmehr die Verhüllung abtun, müssen dabei natürlich ebenfalls in Beachtung gehalten werden. Daß die Alliierten es an energischen Schritten nicht fehlen lassen werden, das Verhältnis zwischen Rußland und den Mittelmächten auszubedenken, ist klar. Auch Englands neuerdings von Berlin aus hervorgehobene Bemühungen, in

## Artilleriekampf im Kemmelgebiet — Fliegerangriffe gegen belgisches Gebiet.

Berlin, 23. Mai 1918, abends. Amtlich.  
 Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.  
 Amtlich. Großes Hauptquartier, 23. Mai 1918. (W. Z. B.)

### Westlicher Kriegsschauplatz.

Im Kemmelgebiet hielt gesteigerte Feuerkraft an. An den übrigen Kampfzonen lebte die Geschützaktivität erst am Abend in einzelnen Abschnitten auf. Während der Nacht lebhafteste Tätigkeit der Franzosen auf dem Westufer der Aisne.

Mehrfach wurden Vorstöße des Feindes abgewiesen und bei eigenen Erkundungen Gefangene eingebracht.

Auf dem Kampffelde an der Aisne wurden gestern unter andern drei amerikanische Flugzeuge abgeschossen.

Die in letzter Zeit sich mehrenden feindlichen Fliegerangriffe gegen belgisches Gebiet haben der Zivilbevölkerung schwere Schäden und Verluste zugefügt. Militärischer Schaden entstand nicht.

Durch erfolgreichen Bombenabwurf wurden große Munitionslager des Feindes nordwestlich von Abbeville vernichtet.

Paris wurde mit Bomben beworfen.  
 Der Erste Generalquartiermeister, Ludendorff.

Berlin, 22. Mai. Im Mittelmeer versenkten unsere U-Boote die italienische Dreimaßbark Angelina di Paola (228 Br.-Reg.-T.), den französischen bewaffneten Dampfer Verdun (2700 Br.-Reg.-T.) und vier weitere Dampfer, darunter einen von mindestens 8000 Br.-Reg.-T. Zusammen über 22 000 Br.-Reg.-T.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

## Der österreichische Bericht.

Wien, 23. Mai 1918. Amtlich wird verlautbart:  
 In der italienischen Front führte die auf beiden Seiten betriebene Erkundungstätigkeit auch gestern an mehreren Stellen zu Gefechten.

Der Chef des Generalstabes.

Persien vorwärts zu kommen und ein Faktor auf dem Turkestan abriegelnden Kaspischen Meer zu werden, gehört in diese Rechnung.

Alle Vorgänge, Gerüchte und Ausblicke fangen an, sich zu der Annahme zu verdichten, daß neue Kriegsschauplätze in Asien im Werden sind, und zwar nicht nur im östlichen, sondern auch im zentralen Asien.

London, 23. Mai. Wie Neuter erfährt, hat die britische Regierung jetzt von den Hauptpunkten des Vertrages zwischen China und Japan über ein Zusammenwirken im fernen Osten Kenntnis erhalten. Er wird von der britischen Regierung mit Befriedigung aufgenommen. Es ist, meint Neuter, klar, daß das Abkommen rein militärischer Natur ist mit dem Ziele eines wirksamen Zusammenwirkens der militärischen Kräfte der Alliierten, falls es notwendig werden würde, eine deutsche Bedrohung im fernen Osten zu bekämpfen.

## Bombardements im Westen.

Große Munitionslager bei Abbeville gesprengt.  
 Berlin, 23. Mai. (W. Z. B.) In der Nacht vom 21. zum 22. Mai wurde durch Bombenabwurf das große feindliche Munitionslager, 8 Kilometer nordwestlich Abbeville, unter ungeheuren Explosionen in die Luft gesprengt. In Le Bourget wurden zehn lange Schuppen in Brand gesetzt. Weit hörbare Explosionen dauerten lange Zeit an.

Die Stadt Abbeville, die als Kriegslagerplatz hinter der feindlichen Front wichtig ist, liegt im Mündungsgebiet der Somme.

Berlin, 23. Mai. (W. Z. B.) Hazebrouck, Morbecque, Isbergues, Villers, Schacht 6 und das Stahlwerk Grenay wurden erneut mit schwerem Feuer belegt. Im Maschinenhaus von Grenay verursachten unsere Treffer zahlreiche starke Explosionen.

Die rücksichtslose Fortsetzung der Beschichtung von Passend durch die Franzosen hat am 22. Mai die unschuldige Zivilbevölkerung erneut schwer betroffen. Mehrere Einwohner wurden getötet oder verwundet.

Yern, 23. Mai. „Progres de Lyon“ meldet aus Paris: Bei dem vorgestrigen Luftangriff wurde über einem Pariser Vorort eine große Anzahl Bomben abgeworfen, die einen Brand verursachten. Die Luftabwehr der Hauptstadt wurde neuerdings verschärft. Das Sperrfeuer war so heftig, daß die Häuser in einigen Stadtvierteln erzitterten.

## Ablenkungsmanöver.

Von Philipp Scheidemann.

Die Pressebege gegen den Abgeordneten Erzberger hat im Laufe weniger Wochen eine Festigkeit angenommen, die selbst begriffstüchtere Menschen erkennen lassen müßte, daß es sich da um mehr handelt, als um die Person des Herrn Erzberger. Durch das alldeutsch-vaterländische Spektakelstück soll alle Aufmerksamkeit derart auf Herrn Erzberger gelenkt werden, daß der deutsche Michel weder an Friedensmöglichkeiten, noch an Protrationsverfärgung und gar an das preussische Wahlrecht denkt — ganz zu schweigen von den Vorgängen in Livland, Estland, Kurland, Litauen, Polen, Ukraine und anderen wichtigen Fragen.

Ein überraschendes Ergebnis des Amtamts der Alldeutschen ist die für das Zentrum beschämende Tatsache, daß doch eine erhebliche Anzahl zentrumparteilicher Blätter auf den plumpen Schwindel hineingefallen sind und sehr unchristlich ihr „Kreuzige! Kreuzige!“ geschrien haben.

Uns interessiert natürlich weniger die Person des Herrn Erzberger, dessen Weltanschauung von der unserigen verschieden ist; uns interessiert aber alles das, was durch den alldeutschen Spud verschleiert und — wenigstens vorläufig — von der Tagesordnung abgelenkt werden soll.

Die große Sünde des Abg. Erzberger besteht darin, daß er sich im Sommer 1917 in der Friedensfrage offen zu dem bekannte, was die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags seit Anfang des Krieges über die Friedensmöglichkeiten und Friedensverpflichtungen gesagt hat. Für die sozialdemokratische Fraktion handelte es sich bei ihrer Friedenspolitik um grundsätzliche Auffassungen. Von Herrn Erzberger darf man wohl, ohne ihm unredlich zu tun, sagen, daß seine Stellungnahme bestimmt wurde durch das Ergebnis der von ihm angestellten sehr sorgfältigen Berechnungen und Erwägungen.

Wir Sozialdemokraten sind grundsätzliche Gegner des Krieges, wir sind überzeugt, daß ein dauernder Friede nur möglich ist, wenn dieser Krieg beendet wird auf Grund einer Verständigung und einer dadurch ermöglichten dauernden Verständigung der Völker.

Herr Erzberger ging von der Ueberzeugung aus, daß die Fortsetzung des Krieges bis zur Erreichung bestimmter alldeutscher Forderungen dem deutschen Volke selbst noch so große Opfer auferlegen würde, daß die Fortsetzung des Krieges nicht zu verantworten sei, wenn man eine Verständigung herbeizuführen vermöge.

Es kommt uns jetzt nicht darauf an, die Verschiedenartigkeit der Motive zu betonen; wir wollen aber feststellen, daß schließlich die große Mehrheit des Deutschen Reichstags sich am 19. Juli 1917 auf eine Resolution einigte, in der die Bereitschaft der deutschen Volksvertretung zu einem Frieden der Verständigung klar und deutlich vor aller Welt bekundet worden ist. Daß diese Friedensumgebung zustande kam, ist allerdings in erheblichem Maße dem rührigen Zentrumsgesandten Erzberger zu danken. Das Geseul der Alldeutschen und der Vaterlandspartei gegen Herrn Erzberger ist damit hinreichend motiviert. Wenn jetzt der Zentrumsgraf Hertling, der sich auf die Reichstagsresolution vom 19. Juli verpflichtet hat, bevor er die Würde des Reichskanzleramtes übernahm, von den vaterlandsparteilichen Eroberungspolitikern gegen den Abgeordneten Erzberger in der geräuschvollsten Weise fortgesetzt verteidigt wird, so ist das ein Erlebnis von besonderem Reiz.

Für uns Sozialdemokraten war die Stellungnahme zum Friedensproblem niemals irgendwie abhängig vom militärischen Stande der Dinge, weil wir grundsätzlich zu einem Frieden der Verständigung jederzeit bereit waren und noch sind. Bis auf den heutigen Tag stehen wir zu dem, was wir über unsere Friedensbereitschaft in unseren Reichstagsverklärungen, Reden und Interpellationen gesagt, was wir in Stockholm und in parteioffiziellen Veröffentlichungen bekundet haben.

Um es zum hundertsten Male zu wiederholen: Wir wollen den Frieden der Verständigung, weil er die Möglichkeit ausschließt, daß die eine der Kriegsparteien vergewaltigt und enteignet wird und weil ein Dauerfriede nur dann wahrscheinlich ist, wenn das nicht geschieht. Da wir unter keinen Umständen wünschen können, daß unser eigenes Land vergewaltigt und enteignet wird, wehren wir uns selbstverständlich bis zum Äußersten, solange die andere Seite einen Frieden der Verständigung ablehnt.

Unseren eigenen Kriegstreibern wird fleißig in die Hände gearbeitet von den Entente-Regierungen, die bisher alle deutschen Friedensangebote abgelehnt haben. Den Entente-Regierungen wiederum wird ihre Stellungnahme erleichtert durch die Taktik der deutschen Eroberungspolitik und durch das Verhalten der von aller gefunden Vernunft verlassenen unabhängigen Sektierer in Deutschland, die alle



deutschen Friedensangebote von vornherein stets als Heuchelei und Zweideutigkeit vor aller Welt verdächtigt haben.

Trotzdem: der Gedanke der Verständigung lebt und er wird siegen, denn wie lange soll denn noch weiter gekämpft und gelitten werden, wenn die Völker sich nicht verständigen?

Doch um zum Ausgangspunkt zurückzuführen: Vergesse niemand, daß mit der Vaterlandsparteilichen Erzbergerhebe über Fragen hinweggetäuscht werden soll, welche die wichtigsten Lebensinteressen des Volkes berühren, u. a. auch um nur wenige Beispiele zu nennen, über folgende Tatsachen:

1. Die in der Presse am 15. Mai veröffentlichte Nachener Kaiserrede, in der es heißt: „... Aus der Ukraine sind die ersten Lebensmittelzüge in Berlin eingetroffen. Dadurch wird unsere Lebensmittelversorgung gebessert...“;

2. die Bekanntmachung des Kriegsernährungsamts vom 17. Mai, derzufolge die tägliche Ration für die Versorgungsberechtigten vom 16. Juni 1918 ab von 200 auf 160 Gramm herabgesetzt wird;

3. das ablehnende Verhalten des Abgeordnetenhauses in der preussischen Wahlrechtsfrage;

4. die Steuerfragen und

5. ... Ja, wann endlich soll denn der Verlagerungszustand beseitigt werden, da wir doch nur noch an einer Front zu kämpfen haben!

Das sind Fragen, mit denen sich heute das ganze deutsche Volk beschäftigen müßte, und man wird zugeben, daß im Verhältnis zu ihnen die Rede einer bestimmten Gruppe gegen einen einzelnen ihr misliebigen Reichstagsabgeordneten eine recht unbedeutende Sache ist.

## Deutsch-italienischer Gefangenenaustausch.

Berlin, 23. Mai. (B. L. B.) Am 15. Mai d. J. ist in Bern auf Grund von Verhandlungen zwischen Vertretern der deutschen und der italienischen Regierung eine Vereinbarung über Kriegsgefangene und Zivilpersonen unterzeichnet worden. Nach den Bestimmungen dieser Vereinbarung sollen insbesondere die beiderseitigen schwerverwundeten und schwerkranken Kriegsgefangenen sowie das Sanitätspersonal in die Heimat entlassen werden. Darüber hinaus wird aber auch ein erheblicher Teil der in italienischen Händen befindlichen gesunden deutschen Kriegsgefangenen befreit werden. Es sollen nämlich die über 45 Jahre alten Kriegsgefangenen und diejenigen Kriegsgefangenen, die im Alter zwischen 40 und 45 Jahren stehen und Väter von drei oder mehr Kindern sind sowie eine Anzahl deutscher Kriegsgefangener, die sich über 18 Monate in Gefangenschaft befinden, Kopf um Kopf ausgetauscht werden. Außerdem sind für die Behandlung der beiderseitigen Kriegsgefangenen Richtlinien festgelegt worden, die im allgemeinen den mit Frankreich im Dezember vorigen Jahres vereinbarten und in einem Abkommen vom 15. März 1918 niedergelegten Bestimmungen entsprechen.

Die Bestimmungen des deutsch-italienischen Abkommens kommen auch denjenigen in italienischer Gewalt befindlichen Kriegsgefangenen zugute, die von den serbischen Truppen in Italien übergeben worden sind. Aus den Bestimmungen, die zum Schutze der beiderseitigen internierten oder verhafteten Zivilpersonen vereinbart sind, ist hervorzuheben, daß die in den italienischen Kolonien befindlichen deutschen Zivilpersonen auf ihren Wunsch nach Italien überführt werden.

Besonderer Dank gebührt der Schweizerischen Regierung, unter deren verständnisvoller Leitung die Verhandlungen vor sich gegangen sind. In gleicher Weise ist der Verdienst des Papstes zu gedenken, der in Fortsetzung seiner unermüdeten Bestrebungen um die Verrückung des Loses der Gefangenen in hochherziger Initiative sein Interesse an dem Zustandekommen der deutsch-italienischen Verhandlungen bekundet und damit von neuem ein Werk edler Menschlichkeit gefördert hat.

## Die ukrainisch-russischen Friedensverhandlungen.

Kiew, 22. Mai. Die ukrainisch-russischen Friedensverhandlungen beginnen erst in einigen Tagen. Die Delegation ist eingetroffen. Vorsitzender ist der rumänische Sozialist Rakowski, bevollmächtigtes Mitglied Nanniski, ein Philologe, der in Paris studiert hat und aus Wolhynien stammt. Sekretäre sind: Seizew, ehemaliger Student des Kiewer Polytechnikums, Granowski, Staatsbankommissar in Kiew während der Bolschewistenherrschaft.

## Lord Cecil sporn Italiens Kriegstreue.

Amsterdam, 22. Mai. Nach einer Neutermeldung hielt Lord Robert Cecil auf einem Frühstück, das der Lordmarmor von London zur Erinnerung an den Eintritt Italiens in den Krieg gab, eine Rede. Er sagte u. a.: Italien sei in den Krieg gegangen, weil es an die gerechte Sache der Verbündeten glaubte, und weil es die Früchte eines leichten Sieges zu ernten wünschte. Er sagte ferner: Mit Ausnahme Rußlands seien alle Verbündeten und insbesondere Italien mit erneuter Kraft aus dem Kampfe hervorgegangen. Das große Ringen werde für die Italiener selbst von gewaltigem Werte sein. In Deutschland werde die Friedensresolution des Reichstages nur noch verächtlich erwähnt, sie sei ebenso ein feines Papier geworden, wie die demokratische Reform Preußens. Die deutschen Professoren kämen wieder aus ihren Schlupfwinkeln hervor und predigten die Lehre von Blut und Eisen. Man verlange Belgien, die Erzbesitze Frankreichs, italienische Häfen und vor allem eine Vernichtung von Stetten, die die österreichischen Nationalitäten festhielten. Unter diesen Umständen müsse man die nationalen Anstrengungen fortsetzen und vergrößern.

Lugano, 26. Mai. Der „Avanti“ prophezeit eine hochwichtige politische Aussprache, die sofort nach der Kammereröffnung einsetzten würde. Als Ausgangspunkt der Erörterungen bezeichnet der „Avanti“ die stattgefundenen Kabinettsänderungen, deren weitere Ausdehnung ganz davon abhängen, wie das Ministerium seine Begründung formulieren werde.

## Die Verhaftung der Sinnseiner.

Der Ruf nach sofortiger Veröffentlichung der Verschwörungsbeweise.

Rotterdam, 22. Mai. Die der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ aus London erfährt, fährt die liberale Presse fort, die Regierung zur sofortigen Veröffentlichung der Beweise für die Verschwörung zu drängen, auf Grund deren die Sinnseiner verhaftet worden sind. Der Korrespondent der „Times“ in Dublin erklärt, daß die Verschiebung der Ver-

öffentlichung einen ungünstigen Einfluß auf die öffentliche Meinung in Irland habe, die sich die Verhaftung gefallen lassen würde, wenn die Beweisaufklärung bewiesen werden könnte, daß die Sinnseiner sich auf deutsche Nachrichten eingelassen hätten. Die gesamte Haltung der nationalistischen Partei, die binnen kurzem in Dublin eine Versammlung abhalten werde, werde davon abhängen. Ebenso äußert sich der Korrespondent der „Morning Post“ in Dublin. Die Mansion House-Konferenz in Dublin ist eine Kommission von neun Mitgliedern aller Parteien, die der Lordmarmor gebildet hat, um Irland gegen die Dienstpflicht zu vereinigen. Die beiden Mitglieder, die verhaftet worden sind, sind erlegt worden. Die Korrespondenten der englischen Blätter lassen es zweifelhaft, ob die nationalistischen Mitglieder Dillon und Devlin der Entschließung zugestimmt haben, da sie dann ihr Schicksal mit dem der Sinnseiner verbunden haben würden. Freilich ist nicht berichtet worden, daß die Entschließung einstimmig zustande gekommen sei.

Amsterdam, 23. Mai. Einem hiesigen Blatte zufolge schreibt die „Times“, daß die Regierung die Veröffentlichung der Beweise über die deutsche Verschwörung wahrscheinlich aufgeschoben habe, weil sie seit der Verhaftung der Sinnseiner neue Tatsachen entdeckt habe. In Dublin sei nunmehr gestern das Mitglied des Vollzugsausschusses der Sinnseiner Riffis Clark verhaftet worden, deren Mann und Bruder nach dem Auffstand in Dublin 1916 hingerichtet worden sind.

## Amerikas Mannschafsjagd.

Eine Registrierbill Wilsons.

Washington, 22. Mai. (Neutermeldung.) Wilson hat einen Gesetzentwurf genehmigt, durch den bestimmt wird, daß alle jungen Männer, die nach dem 5. Juni 1917 21 Jahre alt geworden sind, sich für den Seeresdienst einschreiben lassen müssen.

Die Ententemächte in Europa — England, Frankreich, Italien — drängen, daß die Vereinigten Staaten beschleunigt ihr Flottenmeer senden sollen. So muß Wilson mit neuen Demonstrationen seiner Kriegswilligkeit aufwarten. Aber der Weg vom Registrieren des jungen Kanonenfutters bis zur Dienstpflicht kann, wie der Vorgang in England gezeigt hat, sehr langwierig sein.

## Abschluß des deutsch-schweizerischen Wirtschaftsabkommens.

Das Wirtschaftsabkommen zwischen Deutschland und der Schweiz wurde am Mittwoch unter dem Vorbehalt der Ratifizierung durch die beteiligten Regierungen abgeschlossen. Der Schweiz ist es gelungen, Frankreich und Deutschland zu einer befriedigenden Fassung der strittigen Punkte zu bewegen.

## Die Versenkungen norwegischer Fischerfahrzeuge im Eismeer.

Kristiania, 23. Mai. In der Störchingsitzung fragte der Führer der Rechtenpartei Hagerup Bull, wie es sich mit den von deutschen U-Booten vorgenommenen Versenkungen norwegischer Fischerfahrzeuge im nördlichen Eismeer verhalte. Die Kommandanten der U-Boote hätten erklärt, alle Fischerfahrzeuge dort sollten versenkt werden. Redner nahm als selbstverständlich an, daß die Regierung gleich eingegriffen habe, und fragte, ob sich etwas darüber mitteilen lasse, was in dieser Angelegenheit geschehen sei. Minister des Meeres Jhlen antwortete, er habe sich gleich nach Empfang der ersten Mitteilung an den deutschen Gesandten gewandt und gefragt, weshalb diese Versenkungen erfolgten. Der Gesandte habe darauf hingewiesen, daß dort noch immer Kriegszone sei. Darauf aufmerksam gemacht, daß auch Rettungsboote beschossen würden, habe der Gesandte geantwortet, davon wisse er nichts, noch könne er es abtun. Er versprach, nach Berlin zu telegraphieren, um möglicherweise die Einstellung dieser Verfehlung zu erwirken. Der Gesandte habe um schnellste Uebermittlung der Abschriften von Seeberichten ersucht, weshalb das Departement die Verschleierung derselben angeordnet habe. Castberg fand die Angelegenheit empörend und hob hervor, es sei sicher die allgemeine Forderung, daß untersucht werden solle, ob diese Reihe von Versenkungen mit Hilfe in Norwegen sich aufhaltender Personen geschehe, die nicht Norweger, sondern Spione seien. Der Sozialist Tødder war nicht ganz davon überzeugt, daß die Regierung ihre Pflicht getan habe hinsichtlich der Warnung der Fischer vor dem dortigen Sperrgebiet. Castberg fragte, wie lange es noch so weiter gehen solle, daß Norwegen einen Teil seines Fischfanges nach Deutschland verkaufe, während Deutschland norwegische Fischerfahrzeuge versenke.

Anmerkung des B. L. B.: Bei den Versenkungen norwegischer Fischerfahrzeuge im nördlichen Eismeer handelt es sich um Versenkungen innerhalb des Sperrgebietes. Vor dem Versahren dieses Gebietes ist ein für allemal gewarnt. Es kann keine Rede davon sein, daß deutsche U-Boote Rettungsboote beschließen.

## Die Tumulte in Prag.

Slawische Protestaktion im Reichsrat.

Prag, 23. Mai. Anlässlich der letzten Demonstrationen wurden wiederum 80 Personen wegen Verbrechen der öffentlichen Gewalttätigkeit und Aufruhrs verhaftet. Die tschechischen Banken beschloßen, für den geplanten Bau von tschechischen Nationaltheatern in Bräun und Wien namhafte Beiträge zu leisten.

Das Aktionskomitee der tschechischen staatsrechtlichen Parteien hat beschlossen, gegen das Vorgehen der Polizei anlässlich der Demonstrationen eine groß angelegte Paradaaktion gemeinsam mit dem Polenklub und den Südslawen vorzubereiten.

Der Luftangriff auf London. London, 22. Mai. (Neuterm.) Amtlich. Nach den bisherigen Feststellungen über den Luftangriff am Sonntag beträgt die Zahl der Opfer in allen Bezirken 40 Tote und 179 Verwundete.

Nach Abschluß der rumänischen Friedensverträge sind Veränderungen in der Organisation der in Rumänien befindlichen militärischen Stellen notwendig geworden. Die bisherige Militärverwaltung wird aufgelöst, die noch verbleibenden Dienststellen werden unter dem Oberkommando des Generalfeldmarschalls von Radenski vereinigt.

Wethune in Flammen. Nach einer Meldung des „Progres de Lyon“ steht Wethune infolge der heftigen deutschen Beschichtung in Flammen. Der heftige Wind bewirkte, daß sich der Brand über die ganze Stadt ausbreitete.

General Vimenta de Castro ist in Lissabon gestorben. Im Januar 1915 durch eine militärische Erhebung gegen die Regierung Alfonso Costas und seiner Leute und im Einvernehmen mit dem damaligen Präsidenten der portugiesischen Republik zur Regierung gelangt, versuchte er, die Ordnung im Lande herzustellen und die Neutralität aufrechtzuerhalten. Aber im Mai stürzte ein Militärputsch die Regierung und Vimenta de Castro ging in die Verbannung, aus der er erst im Dezember 1917, als Sidonio Paes' Erhebung der Herrschaft Costas ein Ende machte, zurückkehrte.

## Die Rede Kühlmanns.

Ueber den Frieden von Bukarest.

Die Rede, die der Staatssekretär Dr. Kühmann am Mittwoch in der Berliner Handelskammer gehalten hat, wird nun im Wortlaut vom Volksbureau verbreitet. Nach einer kurzen Skizze über die Geschichte und den wirtschaftlichen Aufbau Rumäniens ging der Staatssekretär auf den Inhalt des Friedensvertrages ein:

Für Deutschland konnten der ganzen geographischen Lage nach territoriale Wünsche nicht in Frage kommen. Es sind auch derartige Wünsche von keiner irgendwie maßgebenden Seite jemals angelegt oder in Vorschlag gebracht worden. Selbst in der deutschen Publizistik, in der doch manchmal recht gewagte Dinge zu sehen sind, ist mir kein ernsterer Vorschlag für deutsche territoriale Festsetzung in Rumänien aufgefallen. Unser Ziel müßte die Gewinnung möglichst großer wirtschaftlicher Vorteile sein.

Bis zum Kriege bestand noch, als Ueberbleibsel aus der Zeit des Krimkrieges, wo der Kampf Frankreichs und Englands und Sardiniens gegen Rußland die Westmächte tief in die orientalischen und Schwarzmeerangelegenheiten verflochten hatte, die Donau-Kommission, deren Arbeiten für die Vertiefung und Verbesserung des Prahmawassers Rühliches geleistet hat. Diese ist nach den jetzt gefassten Beschlüssen und abgeschlossenen Verträgen in die

Donaumündungskommission

umgewandelt worden, an der fortan nur Uferstaaten der Donau teilnehmen sollen, unter Umständen auch Anlieger der europäischen Schwarzmeerküste, falls dies den Uferstaaten erwünscht erscheint.

Langen Zeit haben die deutschen Interessen in der

Donauschifffahrt

keine sehr große Rolle gespielt. Erst kurz vor dem Kriege hat die rührige Gesellschaft des Bahrischen Lloyd es unternommen, diesen wichtigen Zweig der deutschen Volkswirtschaft auszubauen. Im Friedensvertrage ist auf die Interessen der Donauschifffahrt die weitgehendste Rücksicht genommen worden. Rumänien gewährt der deutschen Schifffahrt die Gleichberechtigung mit der eigenen. Was ganz besonders wichtig ist: es ist nicht ohne erhebliche Schwierigkeiten gelungen, der deutschen Schifffahrt an der unteren Donau zwei selbständige Werftpunkte zu verschaffen.

Nächst der Donau ist die

Eisenbahnverbindung

durch Rumänien nach dem Schwarzen Meer für uns von großer Wichtigkeit. Eine Schwierigkeit bestand darin, daß durch den Erwerb der gesamten Dobrußa für Bulgarien, wie er in Aussicht genommen ist, auch die wichtige Linie Tchernawoda-Konstanza, das einzige Ausfalltor Rumäniens zum Schwarzen Meer hin — von der Donau abgesehen — in die Hände Bulgariens gekommen wäre, so daß Umstände denkbar sein könnten, in denen die tariflichen oder anderen Gründen die volle Unabhängigkeit des Verkehrs sowohl Rumäniens als der Mittelmächte nach dem Schwarzen Meer hin bedroht erscheinen könnte. Es ist deshalb mit Bulgarien im Einverständnis mit den Verbündeten grundsätzlich vereinbart worden, daß die Strecke Tchernawoda-Konstanza für eine lange Reihe von Jahren an eine deutsche Betriebsgesellschaft verpachtet, in Konstanza selbst ein Freihafen derartig errichtet werden solle, daß die Zollfreie und sonst völlig ungehinderte Ein- und Ausfuhr auf dieser Bahn für absehbare Zeit sichergestellt erscheine. Die Verhandlungen sind noch nicht zum endgültigen Abschluß gelangt, da die Einrichtung der Freihafenzone und Einzelheiten des Abkommens noch des örtlichen Studiums und der Beratung bedürfen. Sie werden zum Abschluß gebracht sein, bevor die Auflösung des Kondominiums in der Roodsobrubica erfolgt.

Der glatte und fehlerlose Durchgang der Kabel- und Telegraphenverbindungen für die Zukunft ist erneut bekräftigt und gesichert worden. Ein ausschließliches Kabelverbindungsrecht an der rumänischen Küste auf geraume Zeit hinaus (bis 1950) ist erworben. Kurz, es ist alles, was die einschlägigen Ressorts zur Sicherung und zum Ausbau unseres Telegraphendienstes verlangen konnten, nach unseren Wünschen reiflos durchgeführt.

Rumänien hat im laufenden Jahre über

zwei Millionen Tonnen an Getreideprodukten

nach den Zentralmächten hin ausgeführt. Es ist keine Uebertreibung, sondern die einfache Feststellung einer Tatsache, daß ohne die Zuschüsse der rumänischen Landwirtschaft die Mittelmächte auf dem Ernährungsgebiete in eine schwierige Lage gekommen wären. Jetzt, unter der neuerdings geeinten rumänischen Zivilverwaltung, wird nicht nur wie bisher die Wolosch, sondern auch die Moldau und das erst in allerneuester Zeit an Rumänien angegliederte Beharabien seine Ueberflüsse an die Mittelmächte abzuführen haben, so daß, falls wir bedauerlicherweise auch nächstes Jahr noch in diesem schwersten aller Kriege streiten müssen, die Zukunft und Versorgung aus dieser Ernte auf erheblich breitere und sicherere Basis gestellt erscheint, als dies bisher der Fall war. Gemäß dem Wirtschaftsabkommen verläßt Rumänien seine landwirtschaftlichen Ueberflüsse für 1918 und 1919 fest an uns und garantiert uns für sieben weitere Jahre die Option auf den Kauf dieser Ueberflüsse. Das Erdölabkommen, auf dessen Einzelheiten eingegangen ich mir leider versagen muß, sichert in der rumänischen Erdölindustrie Deutschland für 90 Jahre den vorwiegenden Einfluß.

Insece Verhandlungen mit Rumänien sind, wie ich dies zum Eingange meiner Bemerkungen hervorheben durfte,

in engem und freundschaftlichem Einvernehmen mit unseren Verbündeten

Bulgarien und der Türkei, besonders aber mit den Leitern der österreichisch-ungarischen Politik erfolgt. Ein Blick auf die Karte lehrt, daß rebus sic stantibus, keine Zone rumänischer Güter Deutschland, kein Waggon deutscher Austauschgegenstände Rumänien erreichen kann, ohne für sehr lange Strecken auf der österreichisch-ungarischen Donau oder österreichisch-ungarischen Bahnen gelaufen zu sein.

Daraus, meine Herren, ergibt sich ohne weiteres die zwingende Schlussfolgerung, daß wir eine ausichtsreiche wirtschaftliche Politik auf lange Sicht in Rumänien nur treiben können in enger Fühlung und voller Uebereinstimmung mit unseren österreichisch-ungarischen Bundesgenossen. Ich möchte, wenn ich weitergehen darf, sagen: Dies trifft nicht nur zu auf die rumänische Wirtschaftspolitik, dies trifft zu für unsere gesamte wirtschaftliche Politik im Osten, auf dem Balkan und darüber hinaus, und wären nicht zahlreiche andere Erwägungen der schwerwiegendsten Art vorhanden gewesen, um die Politik auch auf wirtschaftlichem Gebiet einzuleiten und zu befruchten, die in der feierlichen Kaiserbegegnung im Großen Hauptquartier eine so augenfällige Bekräftigung erfahren hat, so hätte allein schon die Rücksicht auf unsere Interessen im nahen und mittleren Osten uns ein derartiges Verfahren nahelegen müssen.

Und doch, meine Herren: wollten wir die Blicke nur nach Osten und Südosten richten, nur dem Laufe der Donau folgen, und müßte an die zahlreichen dortigen Probleme herangehen, welche die heute nur in Unrisen berührte Entwicklung auf dem europäischen Kontinent dem deutschen Volke zur Lösung geben wird, so würden wir einen schweren Fehler begehen. Diese Dinge sind notwendig, um unsere wirtschaftliche Basis auf dem europäischen Kontinente zu verbreitern, und zahlenmäßig zum künftigen friedlichen Wettbewerbe mit Reichen wie etwa das nordamerikanische instand zu stellen. Ziel und Abschluß unserer Entwicklung sind sie nicht. Der Rhein fließt vom Fels zum Nordmeer und der gewaltige Elbstrom, die Pulsader des mittleren Deutschlands, weist uns in dieselbe Richtung. Alle Bestrebungen zur Konsolidierung und festeren Verknüpfung unserer Basis auf unserem Mutterboden, dem europäischen Kontinente, werden in lehr-



Armenrecht und Flüchtlingsfürsorge.

Nach dem Unterstütuungswohnsgesetz wird innerhalb eines Ortsarmenverbandes der Unterstütuungswohnsgesetz erworben durch einjährigen ununterbrochenen Aufenthalt. Der Lauf der einjährigen Frist ruht jedoch während der Dauer der von einem Armenverbande gewährten öffentlichen Unterstütuung. Aus dieser gesetzlichen Vorschrift droht einer Reihe von Gemeinden als indirekte Kriegsfolge eine überaus große spätere Belastung. Das gilt sowohl bezüglich der Personen, die infolge der kriegerischen Verhältnisse aus dem Ausland in das Reichsgebiet übertraten und über die im Inland infolge feindlichen Einflusses oder drohenden feindlichen Einflusses oder auf Grund einer Räumungsanordnung der Zivil- oder Militärbehörden sich von dem Orte ihres vordem begründeten gewöhnlichen Aufenthalts entfernt oder ferngehalten haben. Allen diesen Personen ist, soweit sie nicht aus eigenen Mitteln imstande waren, den Lebensunterhalt zu bestreiten, im Wege der öffentlichen Kriegswohlfahrtsfürsorge eine Unterstütuung gewährt worden. Da diese Unterstütuung nicht als Armenunterstütuung gilt und die einjährige Frist für den Erwerb und Verlust des Unterstütuungswohnsgesetzes damit an sich nicht ruht, würden sie den Unterstütuungswohnsgesetz am neuen Orte erworben haben. Während der Kriegszeit wird das für die gegenwärtigen Aufenthaltsorte ohne Bedeutung sein, weil eben die Unterstütuung dieser Personen nicht aus den Mitteln der Armenpflege, sondern der Kriegswohlfahrtsfürsorge erfolgt. Die Mittel aber der öffentlichen Kriegswohlfahrtsfürsorge trägt zum Teil das Reich oder auch der einzelne Bundesstaat. Anders ist es aber in der Nachkriegszeit. Selbst wenn dann diese erwähnten Personen wieder an ihren alten Aufenthaltsort in Deutschland zurückkehren — und ebenso, wenn sie am Orte bleiben werden —, und noch unterstütuungsbedürftig sind, wird die ihnen zu gewährenden Unterstütuung aus Mitteln der Armenpflege bewährt werden müssen und damit die Armenlasten des betreffenden Armenverbandes erheblich steigern. Der Bundesrat hat nunmehr durch eine Verordnung vom 16. Mai 1918 bestimmt, daß die den erwähnten Personen gewährte öffentliche Kriegswohlfahrtsfürsorge das Recht der einjährigen Frist für den Erwerb und Verlust des Unterstütuungswohnsgesetzes rückwirkend vom 1. August 1914 bewirkt. Sie behalten also den Unterstütuungsanspruch gegenüber dem Landesarmenverbande, wenn gegen seinen inländischen Ortsarmenverband der Unterstütuungsanspruch begründet ist. Die Verordnung bestimmt, daß landarme Deutsche und staatenlose Deutsche von demjenigen Bundesrat zu unterstütuung sind, innerhalb dessen der Hilfsbedürftige seinen letzten Unterstütuungswohnsgesetz gehabt hat, bzw. dem der Unterstütuung zuletzt angehört hat. Für staatenlose Personen deutscher Abkunft trifft die Unterstütuungsverpflichtung demjenigen Bundesrat, dem der letzte nachweisbare deutsche Vorfahr des Hilfsbedürftigen angehört hat. Für unmittelbare Reichsangehörige und ehemalige unmittelbare Reichsangehörige liegt die Verpflichtung dem Bundesrat ab, in dessen Gebiet der Hilfsbedürftige vertritt. Das Reich erstattet jedoch dem Bundesrat dann die Kosten der Unterstütuung. Die Unterstütuung der Ehefrauen und minderjährigen ehelichen Kinder dieser Personen, soweit sie nicht noch dem Unterstütuungswohnsgesetz als armenrechtlich selbständig gelten, richtet sich nach dem für den Mann maßgebenden Verhältnis. Bei minderjährigen unehelichen Kindern nach dem für die Mutter maßgebenden Verhältnis. Das gleiche gilt auch für Deutsche, die keinen Unterstütuungswohnsgesetz haben, oder ehemalige Deutsche, die auf Verlangen einer ausländischen Staatsbehörde oder auf Antrag eines Konsuls oder Gesandten des Reichs nach dem Inkrafttreten dieser Verordnung aus dem Ausland übernommen werden. Die Verordnung ist mit dem 18. Mai 1918 in Kraft getreten.

Groß-Berlin

Die Einsammlung gebrauchter Kleider für Arbeiter.

Die auf Anordnung der Reichsbekleidungsstelle im ganzen Reich veranstaltete, soll die Deckung des Kleiderbedarfs von Arbeitern hauptsächlich der Nahrungsbetriebe, des Bergbaues und der Landwirtschaft erleichtern. Sie hat in Berlin, wo die Entgegennahme der für diesen Zweck abgelieferten Kleider am 6. Mai begann, bisher einen auffällig geringen Erfolg gehabt. Dabei wird für die Kleider, die hierzu hergegeben werden, eine höhere Vergütung als die sonst bei der Kleiderverwertungs-Gesellschaft übliche gezahlt. Bis zum Abend des 22. Mai, also in 2 1/2 Wochen, wurden an die drei in verschiedenen Stadtbezirken eingerichteten Sammelstellen nicht mehr als 4878 Anzüge abgeliefert. Das ist einstellweises verschwindend wenig gegenüber den 80—40 000 Anzügen, die man aus Berlin durch freiwillige Herabgabe zusammenbekommen geglaubt hat. Wieviel die Berliner Bevölkerung überhaupt nicht liefern müssen, ist noch gar nicht bekannt, aber wahrscheinlich wird der ihr auferlegte Anteil noch über 40 000 hinausgehen. Je weniger die freiwillige Herabgabe bringt, desto mehr muß später durch „geleitete Zwang“ herangeshafft werden, durch eine Kleiderbestandsaufnahme mit nachfolgender Befristung der Kleiderherabgabe. Wer mindestens einen noch brauchbaren Anzug abgibt, dem bleibt die Bestandsaufnahme und Schrankbefristung erspart. Von dieser durch ein so kleines Opfer zu erlangenden Befristung hat man wohl erwartet, daß sie die „freiwilligen“ Kleiderherabgeber in Scharen herbeizögen werde. Sie läuft auf einen Schuß des Heberluffes hinaus — und eine andere Wirkung scheint sie bisher nicht gehabt zu haben. Um den Ertrag der Einsammlung doch noch zu bessern, sollen in Berlin die Sammelstellen auf fünf vergrößert werden. Bisherlich empfiehlte es sich auch, die Sammelstellen bis in die späteren Abendstunden offen zu halten. Uebrigens werden Anzüge, die ganz geringwertig sind, für diese Sammlung von Kleidern für Nahrungsbetriebe usw. nicht angenommen. Dagegen kauft die Kleider-Verwertungs-Gesellschaft nach wie vor auch sehr abgetragene Kleider, um sie für ihren Kleiderverkauf herzurichten.

Ein Fortschritt bei der R.-V.-G.

Auf Rimmertwiedersehen ist man bei der Kleider-Verwertungs-Gesellschaft (R.-V.-G.) seine gebrauchte Kleidung los, sobald man sie aus den Händen gegeben hat. Wer den ihm erst nachher mitgeteilten Schätzungspreis zu niedrig findet, muß sich dennoch mit ihm begnügen und kann die einmal abgegebene Kleidung nicht zurückgeben. Rückgabe ist laut Bundesratsverordnung unzulässig, lagen die in den Geschäftsräumen ausgehängten Wandankündigungen. Im „Vorwärts“ ist die Rückgabewidrigkeit immer wieder gerügt worden, weil sie uns nicht geeignet schien, zur Ablieferung getragener Kleider zu ermutigen. Wir hören, daß jetzt geplant ist, dieses ebenso ungeredete wie zweckwidrige Verfahren endlich zu beseitigen. Reichsbekleidungsstelle und R.-V.-G. wünschen, daß künftig die Rückgabe abgelieferter Kleider möglich ist, wenn der Schätzungspreis nicht befriedigt. Wir dürfen die vernünftige Renernung, die hoffentlich wirklich ausgeführt wird, als einen Erfolg der Pressekritik buchen.

Mehr Nahrungsmittel für Groß-Berlin.

Der Lebensmittelverband Groß-Berlin hat in seiner Sitzung am 23. Mai beschlossen, im Vertriebsabchnitt bis Mitte Juni auf die allgemeine Lebensmittelkarte 800 Gramm Nahrungsmittel an die Allgemeinbevölkerung und auf die Jugendlichenkarte 250 Gramm an die Jugendlichen auszugeben. Ferner

werden in demselben Vertriebszeitraum 2 Pfund Marmelade und außerdem wahlweise 1/2 Pfund Konfektion oder 1/2 Pfund Marmelade zur Verteilung gelangen.

Anmeldung für Kasse-Ersatz in Groß-Berlin.

Die Anmeldefrist für die Abgabe des Vorkassabchnitts 11 der Kasse-Ersatzkarte beginnt in Groß-Berlin Sonnabend, den 25. d. M., und läuft Dienstag, den 28. d. M., ab.

Offizielle Versprechungen.

Nachdem uns wiederholt von auserhand maßgebenden und ein-geweihten Stellen berichtet worden war, man werde bei der Ein-ziehung der Strafgelder die allgrößte Milde walten lassen, kommt jetzt aus Charlottenburg die Nachricht, der Vertreter des Reichsgesamtkommissars habe den Delegierten des dortigen Magistrats erklärt, daß der Kommissar von allen Groß-Berliner Gemeinden, die bisher mit der Einziehung der Strafgelder für Gas und Elektrizität für die Monate Oktober bis Dezember 1917 im Rückstande geblieben seien, die nachträgliche Einziehung der Strafgelder auch für diese Zeit verlangen werde.

Wir erwarten mit Bestimmtheit, daß diese Nachricht sich nicht bewahrheiten wird. Denn die nachträgliche Einziehung der Gelder würde nach allen vorangegangenen offiziellen Versprechungen und Ver-tröstungen selbst bei den durch gute Behandlung seitens der Be-hörden nicht gerade berühmten Groß-Berlinern mit Recht sehr viel böses Blut erregen.

Errichtung eines Krankenhauses und einer Schwestern-Fortbildungsschule.

Der Verband der Vaterländischen Frauenvereine der Provinz Brandenburg beabsichtigt, in einem Vororte Berlins unter der Be-zzeichnung „Zentralanstalt zur Fortbildung von Krankenschwestern“ eine Schwestern-Fortbildungsschule in Verbindung mit einem Krankenhaus zu errichten, das dem Gedächtnis der gefallenen Krieger gewidmet sein soll. Dadurch soll eine größere Stetigkeit und Planmäßigkeit in die weitere Ausbildung der Schwestern ge-bracht werden. In dem Krankenhaus sollen auch möglichst viele Freistellen für Krieger geschaffen werden. Bis zur Fertigstellung des Hauses sollen nach und nach Fortbildungsgelänge für Schwestern eingerichtet werden, die gleichfalls den aus dem Felde geschädigt zurückkehrenden Feldfrauen gewidmet sein sollen.

Der Sportpark Treptow veranstaltet am Sonntag, den 26., sein nächstes Rennen. Das Programm enthält als Rennerung zwei Rennen hinter Landem-Führung. Außerdem findet ein 50-Kilo-meter-Rennen hinter Motoren statt. Drei Flieger-Rennen für Treptower Flieger vervollständigen das Programm. Die Rennen beginnen um 4 Uhr.

Die nächste Neue Philharmonie, Opender Str. 96/97, teilen mit, daß der für den 21. Mai angedachte Film „Die Töchter des Herrn von Dornberg“ von der Zensurbehörde nicht genehmigt wurde. Statt dessen bringt die Neue Philharmonie den Film „Milo Pasqua“ und einen Detektivfilm „Die Kaffeekeule“.

Tanzspiegel-Palast. Morgen wird zum ersten Male gezeigt: „Schatten der Nacht“. (Der Fall Dull). Aufnahmen aus Finnland und Dänemark werden gleichfalls gezeigt, ebenso ein Scherz-Whisper.

Eine unfreiwillige Luftreise machten zwei Luftschiffer vom Luft-schiffbauanstalt in Zehlendorf. Sie hatten auf dem dortigen Schießplatz in einem Fesselballon Beobachtungen gemacht und wollten gerade zur Erde niedersteigen, als das Halteleit riß und der Ballon sich wieder in die Höhe erhob. Bald trieb das Flugzeug über den Tegeler See und steuerte auf Spandau zu, wobei der Höhenmesser mehr als 2000 Meter zeigte. Man entschloß sich die Anzassen des Korbes die Reihleine zu ziehen und die Landung herbeizuführen. Sie erfolgte schließlich im Stadtwald, wo der Ballon an einem Eichenbaum hängen blieb, während die Gondel auf die Erde aufstieg. Die Luftschiffer hatten sich auf den Boden des Korbes gelegt, um nicht herausgeschleudert zu werden. Der Ballon wurde auf einem Militärraum verbleibt und nach Tegel zurückgebracht.

Angesandene Leiche. Am 21. Mai vormittags wurde in der Nähe Tegeler See aus dem Tegeler See die Leiche einer unbekanntem Frau gefunden, die anscheinend nur wenige Tage im Wasser gelegen hat. Die nach dem Gutfriedhof Wllessee gebrachte tote ist etwa 30 Jahre alt, 1,62 Meter groß, schlank, hat wahrscheinlich braune Augen, welliges Haar und ist bekleidet mit schwarzem Mantel mit blauen Punkten, weißer Unterhülle, weißem Hemd, weißer Hose, schwarzen Strümpfen, halben schwarzen Stoffschuhen mit Schleifen. Wahrscheinlich liegt Selbstmord vor. Erkennner der Toten wollen sich bei der Tegeler Polizei melden.

Neuttsa. Lebensmittel. Heute und morgen dürfen in der städtischen Verkaufsstellen auf die Vollmilchkarte A (rote Farbe) für Ball 500 Gramm Rindergestemmel, auf die Vollmilchkarte A II (gelbe Farbe) für Ball 500 Gramm Rindergestemmel und eine Tafel Schokolade (ca. 100 Gramm) entnommen werden. Die Verkaufs-preise betragen für Rindergestemmel in Packungen zu 250 Gramm 38 Pf., Rindergestemmel in Packungen zu 500 Gramm 74 Pf., eine Tafel (ca. 100 Gramm) Schokolade 1,30 M. Bei Entnahme ist die Milchkarte vorzulegen. Von heute bis Sonntag, den 2. Juni, darf auf Abschnitt 45 der Eierkarte ein Ei entnommen werden.

Der Verkauf von frischen Früchten und Mäckerwaren auf die Ab-schnitte 102 und 109 der Neuttsaer Lebensmittelkarte wird am 31. Mai geschlossen; die Abschnitte 102 (frische Früchte) und 109 (Mäckerwaren) verlieren sodann ihre Gültigkeit. Vom 1. Juni ab findet der Verkauf gegen Abgabe neuer Lebensmittelkartenabschnitte statt, deren Nummern demnächst bekanntgegeben werden.

Landaufenthaltsfall für Stadtkinder. Der Magistrat veröffentlicht folgende Warnung: Vierzehn Tage sind seit der Ueberführung von Neuttsaer Stadtkindern in den Landkreis Rummelsburg erit ver-flossen und schon bittet um der Landrat des Rummelsburger Kreises, nachdrückliche Maßnahmen gegen die Elternbedürfe zu treffen. Nach den vom Minister des Innern herausgegebenen Richtlinien sind Be-suche der Kinder auf dem Lande seitens ihrer Eltern, Geschwister oder sonstiger Angehöriger ohne schriftliche Erlaubnis des Abgabefreies und der Vertrauenspersonen des Aufnahmeortes unzulässig. Die Erlaubnis zu Besuchen soll in der Regel nur erteilt werden, wenn die Kinder erkrankt sind oder der aus dem Felde heimgekehrte Vater den Wunsch hat, seine Kinder wiederzusehen. Auch nach den Bestimmungen, welche die Eltern durch eigenhändige Unterstütuung als für sich verbindlich anerkannt haben, hat ein Besuch der Kinder auf dem Lande unter allen Umständen zu unterbleiben, da er eine unerwünschte Verlässigung der Landbewohner bedeutet. Auch hier ist darauf hingewiesen, daß es in denjenigen Fällen, wo Besuche notwendig sind, einer schriftlichen Erlaubnis der Heimat-gemeinde bedarf. Die Eltern der betreffenden Kinder werden daher nachdrücklich dringend davor gewarnt, ihre Kinder ohne Genehmigung des Magistrats zu besuchen. Falls ausnahmsweise ein Besuch er-forderlich ist, ist die Erlaubnis hierzu im Landaufenthaltsbüro des Rathauses, 2 Treppen, Zimmer 201, während der Sprechstunden von 12—2 Uhr nachzufragen. Die Beobachtung hat sogar ergeben, daß nicht nur die Eltern der untergebrachten Kinder, sondern auch entferntere Verwandte an Ort und Stelle eingetroffen sind, was selbstverständlich noch mehr zu verurteilen ist. Um dem unerwünschten Zustande ein für allemal ein Ende zu bereiten, wird der Magistrat den Landrat in Rummelsburg ersuchen, diejenigen Kinder, die einen nicht vorher genehmigten Besuch erhalten,

ohne Rücksicht darauf, ob den Kindern dadurch ein großer Nachteil erwächst, zurückzuschicken. Nur auf diese Weise glaubt der Magistrat dem Uebel steuern zu können. Außerdem wird beabsichtigt, die be-treffenden Eltern wegen der etwa entstehenden Mehrkosten (der durch die Entsendung eines anderen Kindes entstehenden Kosten) zivilrechtlich haftbar zu machen.

— Verzügliche Hilfe. Sofortige erste ärztliche Hilfe in dringenden Fällen ist zu jeder Tages- und Nachtzeit in Neuttsa auf der Rettungswache, Kirchhofstr. 20/23, zu erhalten.

Wilmersdorf. Lebensmittel. Von heute bis einschließlich Frei-tag, den 31. Mai, werden abgegeben: Auf Abschnitt 27 der allge-meinen Groß-Berliner Lebensmittelkarte 150 Gramm lose Suppen oder Norgentrunk zum Preise von 27 Pf.; auf Abschnitt 11 der Lebensmittelkarte für Jugendliche 100 Gramm Weizen Grieß zum Pfundpreise von 82 Pf. — Zur Entnahme von 1/2 Pf. Perlingen oder frischen Fischen bzw. 1/2 Pf. Räucherfischen berechtigt außer Buchstaben F auch Buchstabe G der grünen Bezugskarte für Einzel-personen. Buchstabe Y der blauen Bezugskarte für Einzelpersonen trat mit dem 23. Mai außer Kraft.

Kleinendorf. Lebensmittel. Auf Abschnitt 8 der Eierkarte werden in den bekannten Eierverkaufsstellen voraussichtlich vom 24. d. Mts. ab je zwei Eier a 88 Pf. abgegeben. Die Eier müssen innerhalb fünf Tagen vom Beginn des Verkaufs ab gerechnet ab-geholt werden, andernfalls ist das Anrecht hierauf erloschen. Ein Umkauf schlechter Eier findet nicht statt. Abschnitt 9 der Eierkarte ist bis einschl. 26. d. Mts. in den bekannten Eierverkaufsstellen zur Abtrennung vorzulegen. — Auf Abschnitt 21 der Lebensmittelkarte Groß-Berlin wird ein Pfund Marmelade zum Preise von 92 Pfennig abgegeben. Die Anmeldung bei den Kleinendörfern und den amtlichen Verkaufsstellen hat bis einschl. 26. d. Mts. zu erfolgen.

Mi-Glück. Aus der Gemeindevertretung. In der letzten außerordentlichen Sitzung wurde an Stelle des bisherigen unbehol-deten Sachverständigen Ebel der Maurermeister Otto Dörre mit 11 Stimmen gewählt. Bewilligt wurden ferner 8870 M. für Kriegswohlfahrtsausgaben, die bisher insgesamt 40 836 M. betragen. Aus den Holzkäufen beim Zweckverband Groß-Berlin sehen der Gemeinde noch 200 Nummern zur Verfügung. Das Holz soll zum Preise von 12—14 M. pro Meter frei Haus an die Bevölkerung abgegeben werden.

Friedrichshagen. Lebensmittel. Bis morgen gelangen auf Ab-schnitt 95 der gelben Lebensmittelkarte je 150 Gramm Grape-n um Preise von 11 Pf. zur Verteilung. — Ferner gibt die Kriegs-lische noch Saatkartoffeln ab. Die graue Ausweiskarte ist mitzu-bringen.

Wesfelde. Wo bleibt der Zucker? Uns wird geschrieben: Für die gekörzte Portion sollen bekanntlich andere Lebensmittel, so unter anderem auch Jüder geliefert werden. Es ist demnach an-zunehmen, daß genügend Zucker vorhanden ist. In unserem Orte erhalten wir jedoch noch nicht einmal die uns zustehende Menge, und so sind uns in den letzten zwei Monaten pro Kopf schon 1 1/2 Pfund Zucker entzogen worden. Für mich ist dieser Zustand besonders erwidrend, da zwei meiner Kinder erkrankt sind und ich infolge des Zuckermangels nicht die vom Arzt verordneten breiten Spezien aufreien kann.

Es wird Sache der vorerwähnten Behörde sein, mal nachzuprüfen, auf wen denn diese mangelnde Fürsorge zurückzuführen ist.

Romweh. Lebensmittel. In der Verkaufsstelle Wllessee, 5 wird heute auf Abschnitt 42 der allgemeinen Lebensmittelkarte Nr. 2055—4254 1 Pfund Knochen zum Preise von 20 Pf. ab-gegeben. Bei Rudow gelangen auf die Km. 1601—1800 Salz-heringe zum Verkauf.

Gerichtszeitung.

Lohnforderung eines Arbeitswilligen. Als Ende Januar der Streik in der Nahrungsgewerbeindustrie ausbrach, stellten auch die meisten Arbeiter der Telephonfabrik vormals Julius Berliner die Arbeit ein. Die Firma ließ während der Streiktage die Fabrik-räume nicht heizen, stellte es aber den Arbeitern, die sich dem Streik nicht angeschlossen hatten, anheim, weiterzuarbeiten, falls dies bei der in den Verfügen herrschenden Kälte möglich sei. Ein Vorarbeiter stellte sich mit seiner aus weiblichen Arbeitskräften bestehenden Kolonne ein. Aber obgleich alle die größte Arbeitswilligkeit bekundeten, waren ihre Hände und Füße in kurzer Zeit so erstickt, daß ein Weiterarbeiten unmöglich war. So ging es alle Tage bis der Streik beendet war. Der Vorarbeiter, der für die unentgeltlichen Feiertage keinen Lohn erhielt, klagte beim Gewerbegericht und die Firma wurde zur Zahlung verurteilt mit der Begründung, der Kläger habe ihr zur Verfügung gestanden, aber die Firma habe seine Dienste nicht angenommen.

Aus aller Welt.

Die Einnahme von Berlin — im Film!

Die New Yorker „Evening Post“ berichtet folgendes: In einem Filmtheater an New Yorker Broadway wird ein Film gezeigt: „Die Kiederlages des Kaisers und die Einnahme von Berlin“. Was Millionen tapferer ausgebildeter Soldaten und den berühmtesten Diplomaten der Welt in vier Jahren nicht gelang, kann man hier in einer Stunde erreicht sehen.

Arbeiter-Samariterbund. Kolonne Groß-Berlin. Montag den 27., abends 8 1/2 Uhr, in Schulze'schen Festsaal, Königsbrunn Nr. 2: Vortrag. Nach dem Vortrage praktische Verhandlungen. Gäste haben einmahligen freien Zutritt. — Mitgliederversammlung Freitag, den 31., abends pünktlich 8 1/2 Uhr. Wichtige Tagesordnung. Jedes Mit-glied ist verpflichtet, pünktlich zu erscheinen, oder sich schriftlich zu ent-schuldigen.

Allgemeine Familienkassenbesuche. Sonntag, den 26. Mai, 9 1/2 Uhr und Montag, den 27. Mai, 10 1/2 Uhr in Restaurant Gerichtstraße 12/13 und Sudower Str. 14.

Briefkasten der Redaktion.

G. R. 100. 1. und 2. Die Mutter des unehelichen Kindes hat die tatsächlichen Aufwendungen für die Ernährung vom Vater zu verlangen. 3. Ja. — G. R. 1. Für den Unterhalt des Kindes muß der Vater sorgen, die Frau erhält nur Unterstütuung, wenn dieser zum Militär eingezogen ist. 2. Ja. — Kanonier R. 554. Der Vater kann für den vierten Sohn Aufwandsentschädigung verlangen, wenn die drei anderen Söhne sechs Jahre aktive Dienstzeit nachweisen können. Der Antrag ist bei der Gemeindevorwaltung zu stellen. — J. R. 82776. Die Erhöhung des Mietpreises kann erst bei Ablauf des Vertrages gefordert werden. Sie ist nicht zu erheblich, daß dagegen mit Erfolg etwas unternommen werden könnte. — G. R. 100. Ein Anspruch darauf besteht nicht. — 300. R. Urlaub kann in diesem Falle gewährt werden. Der letzte Urlaub kommt dabei nicht in Frage. — 25. 23. 100. 1. und 2. Nein. — 25. 2. 106. Sie werden zu dem tatsächlichen gegenwärtigen Ein-kommen eingezählt, da Sie im Vorjahre kein volles Jahreseinkommen hatten. Bei zwei Kindern wird die Steuer um eine Stufe erniedrigt. — Referent J. R. 31. 1. Nein. 2. Die Kriegszeit wird Ihnen als



allere Dienstzeit angerechnet. — Nr. 81454. W. J. Rein. — Pflger 200. Die letzten schon seit Jahren ohne Unterbrechung, Sie werden sich auch damit abfinden müssen. — 1000. M. J. Ihre Frau soll sich mit einer Besondere an das Ministerium des Innern, Berlin, wenden. — U. G. 50. 1. Das müßten Sie schon durch eine Privatperson ausrichten lassen. — U. G. 7. Die Unterbleiben müssen aus der Unterbrechung die Karte beantragen. — Pflger. 1. Nr. 2. Kriegsangelegenheiten für einen halben Monat, Verpflegungsgeld bis es Ihnen entgegen zu kommen. — U. G. 100. Sie müssen dem Vorstehenden davon Mitteilung machen. — U. G. 98. Sie sind zur Zahlung verpflichtet. Verjährung tritt erst in 30 Jahren ein. — Weltkrieg 1918. Nationale Selbstbehaltung. — Selbstbehaltung. Die Leistungen und Kriegszulagen werden dem Kriegsteilnehmer Einkommen zugerechnet. — U. G. 1876. Nr. — Selbstbehaltung. Ihre Aufgabe ist unverständlich. Ob Sie Anrecht auf Lohn haben, hängt doch davon ab, unter welchen Bedingungen Sie dort in Arbeit treten. — U. G. 31. Nr. — U. G. 44. Krankheiten des Ohrs und Krankheiten oder Verletzungen des Mundes. Garnisonverwendungsfähig im Felde. Krankheiten des Ohrs, arbeitsverwendungsfähig im Felde, verwundet und Krankheiten des Ohrs, garnisonverwendungsfähig im Felde. — U. G. 12. Wenn Sie einem überreichlichen Teilungsgeld zustellen, ja, sonst nicht. — U. G. 392. 1. Das können wir im voraus nicht sagen, es kommt darauf an, in welcher Form die Aufgabe erhoben wird. — U. G. 2. Nr. — Landwehr 10. Es ist guttunlich, daß Sie nach einer Erklärung des Vorgesetzten des Kriegsministeriums wahrscheinlich nach Kriegsende entlassen werden. — U. G. 71. 1. Nr. 2. Die Steuer ist jährlich zu entrichten. — U. G. 12. Das Testament ist in der Form nicht richtig, Anleitung dazu erhalten Sie bei uns in der Erbschaftsamt. — U. G. 7. Aus diesem Grunde könnte Ihre Frau die Unterbrechung nicht entgegen werden. Sie soll sich mit einer Besondere an das Militär-Bureau des Reichsministeriums, Berlin O 2, Klosterstraße 68, wenden. — U. G. 8. Krankenkasse erhalten 7,50 M. pro Dekade Wohnung. — U. G.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland die Sonnabend mittags. Obwohl fortwährende Abkühlung, zunächst vorübergehend mäßig, an vielen Orten Gewitterregen, später im Westen neue Abkühlung.

### Gewinnanzug der 11. Preussisch-Österreichischen (37. Königlich Preussischen) Klassenlotterie

5. Klasse 13. Ziehungstag 23. Mai 1918

In der Vormittags-Ziehung wurden Gewinne über 240 MZ. gezogen: 2 Gewinne zu 10 000 MZ. 67959  
2 Gewinne zu 6000 MZ. 203632  
88 Gewinne zu 3000 MZ. 2634 9632 13514 14524 17525 33876 40309 42318 49875 50698 54434 61965 64095 69785 78188 79929 84787 85881 90397 90977 95929 100458 109597 115818 122931 136951 149874 153904 158355 163911 169210 183470 185999 187309 191978 196530 212987 218369 223407 226552 228967 227884 228267 230189

150 Gewinne zu 1000 MZ. 162 2707 4174 4398 4786 10674 13893 15335 15439 19335 20810 25157 25432 29847 31682 32013 36777 37645 42229 49373 53438 54022 56765 57103 59759 59763 60148 62083 67465 70292 70674 70898 76112 77769 87264 87876 88295 102327 103849 105858 118042 123144 124200 127322 131019 143581 146163 148700 147271 149194 149207 151491 156151 159064 162890 166659 174402 183654 184901 185579 192377 193211 199410 211763 212912 215327 216307 219557 219674 221745 221876 223549 224723 228323 231207

174 Gewinne zu 500 MZ. 8 1852 2951 5598 6248 15071 15809 16233 17930 18616 19360 20885 25963 26328 28940 31022 39259 42319 50502 60509 60712 61717 67148 71971 74251 82351 84524 87049 91417 93723 94540 95663 97037 98598 100139 107753 110510 111008 118953 120443 124993 125286 125671 130521 132215 134948 137221 140227 141803 141885 144006 144106 145475 147667 152370 153035 156300 157140 157469 158313 159242 160671 160854 161408 163623 171908 172843 178461 183425 188329 195063 197899 198756 200767 203881 207737 212338 214225 216816 217094 217292 218012 223821 230642 230848 232938 233429

In der Nachmittags-Ziehung wurden Gewinne über 240 MZ. gezogen: 2 Gewinne zu 50 000 MZ. 219505  
4 Gewinne zu 6000 MZ. 14766 165688  
96 Gewinne zu 3000 MZ. 12818 20798 25294 30328 39670 42106 43155 45982 49857 50491 54394 64033 64668 67187 68852 73981 80390 81672 84245 86618 87030 88992 91412 107673 118263 118053 116528 122684 129441 150806 152723 168863 168799 176186 176176 179291 183677 185407 187256 189825 193503 195775 206551 209827 213110 219459 223343 230287

150 Gewinne zu 1000 MZ. 2387 4955 5253 6292 8232 9881 10409 12763 24455 24582 35910 36778 37137 37612 38977 42756 45297 49199 50885 52385 53109 70189 71916 77518 78627 78682 80917 81757 82464 86539 90168 90941 92834 94235 94424 96746 101780 103571 104676 107501 107637 108673 109879 109928 116608 121794 134153 136408 136616 140390 143798 147335 154017 156295 15733 158652 163598 170130 171935 172848 176514 186387 190485 191475 200141 203150 218451 214864 217495 218056 219077 227341 228603 229360 232568

220 Gewinne zu 500 MZ. 10452 12884 13802 15541 16837 17489 21354 27898 27949 28476 28607 29982 32079 32487 35621 38889 44651 45057 49118 51508 54802 56484 60322 62212 66880 71110 77414 77866 78477 80181 83400 85987 88831 96366 96492 98061 105312 105784 109230 110959 116549 117317 117913 121556 122389 122912 123970 125322 126890 127651 128280 128539 129672 130144 130793 132953 134278 135083 135139 135397 136555 136272 138717 139456 134278 135083 135139 135397 136555 136272 138717 139456 140009 140039 140625 145111 146597 148156 149010 151346 152373 154092 154663 155291 157815 158734 164791 166008 168327 168855 169597 174227 174366 176671 179153 182657 194598 195761 196021 197416 199798 204565 204935 205149 205224 205378 205897 206083 209515 209773 211198 212334 217038 219661 224400 229352 232968 233667

Direktion Max Reinhardt. Deutsches Theater. 7 1/2 Uhr: Der Bürger als Ekelmann. Kammerstücke. 8 Uhr: Sumurun. Volksbühne. Theater am Bülowplatz. Untergund. Schönk. Tor. 7 1/2 Uhr: König Lear. Theater des Westens. Allabendlich 7 1/2 Uhr: Leopoldine Konstanin in Die Tänzerin. Theater in Königgrätzer Str. 7 1/2 Uhr: Die Schwestern und der Fremde. Komödienhaus. 7 1/2 Uhr: Die Zarin. Berliner Theater. 7 1/2 Uhr: Blutzblaues Blut. Theater der Friedrichstadt. Ecke Friedrich- u. Linienstr. Nord. 8050. Täglich 7 1/2 Uhr: Familie Hannemann. Hans Junkermann, v. Müllendorff Alice Werning, Richard Georg. National-Theater. Copenicker Str. 68. Tägl. 7 1/2 Uhr: Der große Erfolg! Mäuschen. Musik: Walter Bromme.

Theater für Freitag, 24. Mai. Central-Theater. 7 1/2 Uhr: Die Csardasfürstin. Deutsches Opernhaus. 6 1/2 Uhr: Die Hugenotten. Friedrich-Wilhelmst. Theater. 7 1/2 Uhr: Das Dreimäderlhaus. Kleines Theater. 8 Uhr: Liebelel. Lustspielhaus. 7 1/2 Uhr: Die blonden Mädels v. Lindenhof. Metropol-Theater. 7 1/2 Uhr: Die Rose von Stambul. Neues Operettenhaus. 7 1/2 Uhr: Der Soldat der Marie.

Komische Oper. 7 1/2 Uhr: Schwarzwaldmädel. Sonnt. 12 Uhr: Die goldene Eva. Seg. 3 1/2 Uhr: Die Kinokönigin. Residenz-Theater. 7 1/2 Uhr: Der junge Zar. Schiller-Theater O. 7 1/2 Uhr: Die Ehre. Schiller-Th. Charl. 7 1/2 Uhr: Ein Erfolg. Thalia-Theater. 7 1/2 Uhr: Unter der blühenden Linde. Theater am Nollendorfplatz. 7 Uhr: *Seni alla Tosca*

### Gewerkchaftshaus.

Sonntag, den 25. Mai 1918: im großen Saale hält der Verband der Schleifer u. Galvaniseure sein Sommerfest ab. Für den unterhaltenden Teil haben erstklassige Künstler ihre Mitwirkung zugesagt. Humoristische und Gesangsvorträge. Im herrlichen Naturgarten der Götterbaum in voller Blüte. Kaffee-Konzert. Abends im Pavillon das beliebte humoristische Trio: Fritz Elvira am Klavier, Fritz Gutsch erste Geige, Fritz Senta Ramos am Cello.

Sonntag Mittag:  
Weißbrotsuppe . . . . . 0,30  
Bors . . . . . 2,00  
Spinat mit Ei . . . . . 2,00  
Ruderrüben . . . . . 1,00  
Kartoffel . . . . . 3,00  
Gajlander . . . . . 3,00  
Schokolade . . . . . 4,00  
Kaffee . . . . . 3,50  
Käse . . . . . 1,00  
Kompott . . . . . 1,00  
Salat . . . . . 1,00

Verband der Bureauangestellten Deutschlands. Ortsgruppe Groß-Berlin. Am 21. Mai verstarb in einem blühenden Alter unser Mitglied, Krankeassen-Kassenteller Max Becker im 34. Lebensjahre. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 25. Mai, nachmittags 4 1/2 Uhr, auf dem Garnison-Friedhof, Hohenheide, von der Leichenhalle aus statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht. 4 1/2 Die Ortsverwaltung.

Allen Freunden und Bekannten hiermit die traurige Nachricht, daß mein verehrtester Sohn, lieber Vater, Bruder, Groß- und Schwager, Schwager und Onkel, der Dreher Emil Ahlers am 20. Mai nach langem schwerem Leiden verstorben ist. Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 25. Mai, nachmittags 4 1/2 Uhr, auf dem Friedhof der Freireligiösen Gemeinde, Goppelallee 15-17, statt. Um stille Beileid bitten Die trauernden Hinterbliebenen: Wwe. Julia Ahlers und Kinder. 1924.

Theater der Friedrichstadt. Ecke Friedrich- u. Linienstr. Nord. 8050. Täglich 7 1/2 Uhr: Familie Hannemann. Hans Junkermann, v. Müllendorff Alice Werning, Richard Georg. National-Theater. Copenicker Str. 68. Tägl. 7 1/2 Uhr: Der große Erfolg! Mäuschen. Musik: Walter Bromme.

### Concordia - Lichtspiele

Andreasstraße 64.

Vom 24. bis 27. Mai:  
Der orientalische Sensationsfilm  
**Die Rose von Dschandur**  
mit Friedrich Zelnick in der Hauptrolle  
und  
2 weitere Schlager.

Trianon-Theater. 81. Friedrichstr. Ztr. 4027. 2991. 1/8 Zum 264. Male: Der Lebensschüler. Wäst. Kaiser-Fitz. Bild. Plink. Sonnab. 1/4, kl. P.: Dornroschen. Sonnt. 1/4 kl. P.: Gespenster. Casino-Theater. Volbringer Str. 37. Tägl. 7 1/2 Uhr. Nur noch kurze Zeit das beste Familienbild Anna's Traum. Vorher eröff. Spezialitäten, u. a. Brooks & Cokol, Schoole. Sonnt. 4 Uhr: Waiengauber. Berliner Prater-Theater. Rastamannallee 7-9. Täglich 4 1/2 Uhr: Im Wolfentagometer. Große Vollen-Revue in 6 Bildern v. Max Dorf u. Harry Schreier. Dazu: die groß. Spezialitäten

Schweizergarten Am Königstor Am Friedrichshain 29-32. Größter und schönster Naturgarten Berlins. Über 5000 Stühle. Saal für 1000 Personen. Täglich: Konzert, Theater. Spezialitätenvorkellung. Anfangs Montag 4 Uhr. Sonntags 3 Uhr. Reichshallen-Theater. Allabendlich 7 1/2 Uhr: Stettiner Sänger. Reichshallen-Saal 7 1/2 Uhr: Großes Blühgen-Konzert. Rat und Auskunft in Dienstbotenangelegenheiten. Suchende wenden sich vertrauensvoll an den 48/1\* Verband der Hausangestellten, Berlin SO 16, Engelauer 21 III. Geöffnet von 9-5 Uhr.

Zum 27. Geburtstag unseres lieben, unergiebigen Sohnes und Bruders, des Musiklers 29146 Georg Schmidt. Er starb am 28. April 1916 in russischer Gefangenschaft. Alfred u. Anna Schmidt als Eltern. Gertrud und Clara als Schwestern. Paul als Bruder, jetzt im Felde. Ernst als Bruder. Du darfst so früh und wild so sehr vermissen, Du warst so lieb und gut, daß wir dich nie vergessen.

Am 18. Mai fiel an der Front infolge einer Schwereverletzung mein einzig geliebter, guter, ältester Sohn, Bruder, Schwager, Onkel und Neffe 29136 Walter Henning im Alter von 27 Jahren, nachdem er 41 Monate auf Strazupagen erlitten hatte. Am tiefsten Schmerz. Wwe. Ciga Henning, Bruno Henning, J. vermindert im Jagarett. Lina Henning, Berlin, 23. Mai 1918. Alexanderstr. 41.

Busch. Täglich 7 1/2 Uhr: Das große Circus-Programm und zum Schluß: „Frühlingsspiele“ mit den lustigen Wasserexerzisen!

Der „Hias“ ein feldgraues Spiel. Täglich 7 1/2 Uhr abends. Palast-Theater am Zoo.

### Kaffee-Ersatz.

Artikel I. In der Zeit vom 25. Mai bis 28. Mai 1918 einschließlich, ist jeder in Berlin, Charlottenburg, Berlin-Nichtenberg, Reinickendorf, Berlin-Schöneberg, Berlin-Wilmersdorf und den Kreisen Teltow und Niederbarnim wohnhafte Inhaber einer Kaffee-Ersatz-Anlage berechtigt, unter Vorlegung des Beschlusses Nr. 11 der Kaffee-Ersatz-Karte bei einem Kleinbändler sich zum Bezuge von Kaffee-Ersatz anzumelden. Zur Entgegennahme der Beschlüsse sind nur solche Kleinbändler berechtigt, die schon bisher mit Kaffee-Ersatzmitteln gehandelt haben. Artikel II. Der Kleinbändler hat bei der Anmeldung Beschlüsse und Empfangsabschnitt der Karte mit seinem Namen und seiner Adresse zu versehen, sowie den Beschlüsse abzurufen und an sich zu nehmen. Artikel III. Die abgetrennten Beschlüsse sind, zu 200 Stück genau abgezählt und verpackt, spätestens bis zum 31. Mai 1918 einem zum Handel mit Kaffee-Ersatz zugelassenen Großbändler (vergl. Bekanntmachungen des Magistrats vom 11. 1. 1918 und 4. 4. 1918) einzuhandeln. Die Einhandlung der Beschlüsse hat, sofern nicht persönliche Abgabe erfolgt, in eingeschriebenem Brief oder durch Wertpaket zu erfolgen. Artikel IV. Vom 27. Juni ab kann bei dem Kleinbändler, der den Beschlüsse in Empfang genommen hat, gegen Vorlegung des Empfangsabschnittes II Kaffee-Ersatz entnommen werden. Der Kleinbändler ist zur Abgabe von Kaffee-Ersatz nur gegen Auszahlung des ihm gestempelten Empfangsabschnittes berechtigt und ist zu dieser Abgabe verpflichtet. Artikel V. Der Abschnitt 10 der Kaffee-Ersatzkarte verliert am 27. Juni 1918 seine Gültigkeit, aus ihm darf von diesem Tage ab Ware nicht mehr abgegeben werden. Artikel VI. Die Empfangsabschnitte 10 sind vom Kleinbändler am 1. Juli 1918, zu 200 Stück genau abgezählt und verpackt und mit der Firma des Kleinbändlers versehen, dem Großbändler, von dem die Ware bezogen worden ist, einzuhandeln. Der Großbändler hat die Abschnitte unter Vorlegung des Beschlusses Nr. 11, Abteilung Kaffee-Ersatz, Berlin SW 19, Kommandantenstr. 50/51, weiterzugeben. Kleinbändlern, welche die Empfangsabschnitte nicht ordnungsmäßig abliefern, kann der Verkauf von Kaffee-Ersatz fernerhin unterlagert werden. Berlin, den 17. Mai 1918. Magistrat der Königl. Haupt- und Residenzstadt. Abteilung für Kaffee-Ersatz. Kochling.

Als Opfer des Weltkrieges fiel am 11. Mai 1918 durch Kopf- und Brustwunde von einer Granate getroffen der Sergeant Paul Hoffmann. Anf. Hg. Nr. 41, 2. Komp., Inf. des 61. Arzregts II. Ri. im blühenden Alter von 33 Jahren. 1824. Dies zeigt an die trauernde Gattin Bron Auguste Hoffmann geb. Falkowski nebst Tochter Hilde u. Sohn Artur, Eltern, Schwagereltern u. Geschwister. Berlin, Bräuner Straße 16. Es ist ein jäherlich bitteres Leben; an Rimmer-Rimmer-Erbe; wohl unter allen Erdenleiden kann hier kein so herzigen sein. Die Tränen, die wir um dich weinen, du bleibst nicht, nicht unser Schmerz, und bist kein Trost, nicht heiligt unsere Stunden; die Zeit heilt nicht die schmerzlichen Stunden. Wir können es nicht lassen, daß du, mein innigstgeliebter Mann, so schnell müdest dein Leben lassen. Ruhe sanft in Heimbund!

1000 Verdienstmöglichkeiten bieten sich täglich dem, der es versteht, sein Wissen den Anforderungen der Gegenwart anzupassen; denn Wissen ist Macht und Geld. Die beste Gewähr einer umfassenden allgemeinen und fachlichen Ausbildung bietet die Methode Rustin (Mitarbeiter: 5 Direktoren höherer Lehranstalten, 22 Prof.). Rasche und gründliche Ausbildung ohne Lehrer durch Selbstunterricht unter energischer Förderung des Einzelnen durch den persönlichen Fernunterricht. Wissenschaftl. geb. Mann, Wissenschaftl. geb. Frau, Wissenschaftl. geb. Frau, Geb. Kaufmann, Die geb. Handlungsgehilfin, Bankbeamte, Einj.-Freiw.-Prüf., Abit.-Exam., Gymn., Realgymn., Oberrealschule, Lyzeum, Oberlyzeum, Mittelschullehrerprüfung, Zweites Lehrprüfungs, Handelswissenschaften, Landwirtschaftsschule, Ackerbauschule, Präparand, Konservatorium, Ausführl. 60 S. starke Broschüre über bestandene Examen, Beförderungen im Amt, im kaufmännischen Leben usw. kostenlos durch Bonnes & Nachfeld, Potsdam, Postfach 224.

WINTERGARTEN. Paul Göbel der Urkomische. Chester Dieck Exotischer Radfabrikant sowie der große Mai-Spielplan!

Walhalla-Theater. 7 1/2 Uhr: Donauliebchen. Rose-Theater. 7 1/2 Uhr: Hochzeitstagen. Gartenbühne 7 Uhr: Gr. Revue.



Dem Pneu gleichwertig. Elastisch / Geräuschlos / Sofort lieferbar. Saubere Arbeit / Grosse Haltbarkeit. Tausende im Gebrauch.

### BALLINIT

Reifenfabrik G. m. b. H. Berlin SW 61, Waterloo-Ufer 19. Fernsprecher: Amt Moritzplatz Nr. 303.

Apollo-Theater. Friedrichstr. 218. 7 1/2 Uhr: Paul Beckers Deutschlands bester Komiker sowie 12 erste Varieté-Attraktionen. Sonntag 3 1/2 Uhr jeder Erwachs. 1 Kind froh! Admiralspalast. Die Prinzessin von Tragant. Sajdah Deutsche Thäse. 7 1/2 Uhr. 3, 4, 5, 6 M.

Heil unseren Verwundeten! Ziehung 6. bis 11. Juni 1918. Preuss. Rote-Kreuz-Lotterie. 17551 Goldgew. bar ohne Abz. M. 600 000. 100 000. 50 000. 30 000. Lose a. M. 30 (Porto u. Liste) versendet geg. Ein- und d. Betrages mittels Postanw. od. Nachn. — nach d. Felde sind Nachn. nicht zulässig. William Lemcke Hamburg 36. C.

Verband der Lithographen, Steindruck- und verwandten Berufe Berlin. Unteren Mitgliedern machen wir hierdurch die traurige Mitteilung, daß der Kollege Richard Klau, Leinbrud. Raschmelmeyer, am 20. Mai nach kurzem, schwerem Leiden verstorben ist. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren. Die Einäscherung findet am Sonnabend, den 25. Mai, mittags 12 Uhr, in dem Krematorium, Gerichtstraße, statt. Um rege Beteiligung ersucht. 108/6 Die Verwaltung.

Heil unseren Verwundeten! Ziehung 6. bis 11. Juni 1918. Preuss. Rote-Kreuz-Lotterie. 17551 Goldgew. bar ohne Abz. M. 600 000. 100 000. 50 000. 30 000. Lose a. M. 30 (Porto u. Liste) versendet geg. Ein- und d. Betrages mittels Postanw. od. Nachn. — nach d. Felde sind Nachn. nicht zulässig. William Lemcke Hamburg 36. C.



## Ein Sonnenaufgang.

Von Karl Bröger.

Als in der dritten Abendstunde 1918 die Franzosen bei Verdun den großen Ausfall machten, drückte der Kampfbericht schwer auf Luise Waischings Herz. Sie suchte noch einmal den letzten Brief ihres Mannes her, stieß die aus der Zeitung geschnittene Karte des mörderischen Geländes glatt und tastete mit zitternden Fingern die schlecht gedruckten Ortsnamen nach. Da stand es unbarmerzig Douaumont! Vor sechs Tagen hatte August Waisching von hier aus einen Brief geschrieben. Die Frau hob den Brief näher an die brennenden Augen. Vielleicht war der Name doch anders.

Gedächtnis von schweren Verlusten schlichen durch die Straße. Luise lief hinter diesen Verächtern her, als verstanden sie eine neue Himmelsbotschaft. Es war saure, blutige Arbeit. Jemal gerann der Faden unter ihrer Hand, Redereien, mit aller Bestimmtheit ausgesprochen und belegt, lösten sich in Rauch und Nebel auf, und kein Wind schälte sich aus der trüben Wolke.

Frau Luise war hartnäckig und blieb auf der Spur jedes kleinsten Zeichens. Kein Weg zu weit, kein Wetter zu schlecht, wenn irgendwo nur ein Schimmer von Gewißheit aufblitzte. Den ganzen Winter dauerte diese Jagd. Die verstörte Frau sah nicht, daß Frühling am blauen Himmel aufzog, neigte sich keiner Blüte und war geblendet für den Hauber der jungen Erde. In Zeitungen und Reiseführern blätternd, irrte ihr Blick über tausend fremde Gesichter von vermählten Soldaten. August Waisching war nicht darunter. Fünf Monate war er schon wie ein Sandkorn von der Erde gefegt.

Ein milder Mai tag brachte Kunde, die das Blut Luises bis zum Grund aufwühlte. Von einem Gefangenen des Regiments war ein Gruppenbild aus dem französischen Lager gekommen. Mehrere hundert Männer drängten sich auf dem engen Platz und starrten in das junge Frauengesicht, das sich über die Reiben beugte. Wie sah August Waisching doch aus? Bald drei Jahre war er fort. Der Krieg hatte ihn um alle Grenzen des Landes gewirbelt. Das konnte einen Menschen schon verändern.

Sonderbar! Sie sah ihn hundertfach auf dem Bild und doch konnte nur einer unter den vielen August Waisching sein. Sind die Augen so unvollkommene Werkzeuge unseres Herzens? Ein Sturm des Gefühls blies dunkles Gewölbe über ihren Blick, daß sie das Bild feuchend aus der Hand legte, aufstand und den guten Leuten mit Schwanken in der Stimme dankte.

Luise ging langsam durch den klaren Tag, voll einer wunderlichen Gewißheit, daß August lebte. Sie hatte ihn nicht auf dem Bild erkannt oder sie hatte ihn vielmehr hundertfach gesehen. Wie aber, wenn ihre Erregung ihr dieses Gefühl nur vortäuschte?

Am Sonntag sah Frau Luise wieder über dem Bild. Sie hatte drei Tage auf einer Woge von Empfindungen gerollt, bald auf dem weichen Kamm einer seltsamen Hoffnung, bald auf dem dunklen Grund eines nagenden Zweifels. Wie stark hatte die Flut sie durch diese drei Tage gepulst. Nun wollte sie Sicherheit und Bestätigung des frohen Glaubens.

Ihrer Handtasche entnahm sie eine große Lupe. Wie die Gefichter und Gestalten wuchsen vor der unbestechlichen Schärfe des Glases! Die Reiben zogen wie auf dem Paradesfeld an den Augen der Frau vorbei. Bis jetzt lauter unbekannt, gleichgültige Jüge. Wieder trat eine Reihe in das Blickfeld der Lupe. Mechanisch zählte Frau Luise die Gestalten ab. Sechs — sieben — acht — neun ... Halt, halt!

Aus dem hochgeschliffenen Glas brach ein Schwall von Licht. Ging die Sonne auf? Das dunkle Bild flammte in Glanz und Schein. Ein Gesicht war Quelle dieses Stroms von Heiligkeit. August Waisching lebte. Da stand er hinter einem Bären von Mann, halb verdeckt durch die breiten Schultern. Schaute er nicht vorwurfsvoll und griesgrämig?

Luise gab schweigend das Bild zurück. Sie konnte nur nicken zum Abschied. Worte wollten ihr nicht gebahren.

Als sie auf der Straße stand, sah sie ein Stück blauen Himmels über sich, von goldenen Lichtern durchschaut, und wußte plötzlich, daß es Mai war und daß die Sonne mit ihr ging.

## Stromabnehmer für die Berliner Stadtbahn.

Für die Berliner Stadtbahn, deren Elektrifizierung in die Wege geleitet ist, sich aber durch den Krieg verzögert hat, ist eine besondere Stromabnehmer-Einrichtung ins Auge gefaßt worden. Sofern man den Strom nicht durch eine unten verlegte Schiene zuführen kann, wie dies beispielsweise bei der Berliner Hochbahn der Fall ist, müssen Masten errichtet werden, die die elektrische Arbeitskraft aus der Höhe zuleiten. Gewöhnlich fährt man dann in der Luft Drähte und rüstet die Wagen mit Abnehmern aus, wie man dies bei den elektrischen Straßen-

bahnen sieht. Es läßt sich aber auch eine Einrichtung treffen, bei der zwar Masten nötig sind, wobei aber zwischen ihnen keine Drähte ausgespannt zu werden brauchen. Ueber die Dächer der Zugwagen läuft dann eine Leitung, und diese kommt beim Vorbeifahren an einem Mast mit einer an dessen oberem Ende angebrachten Vorrichtung in Verbindung. Man muß sich vorstellen, daß der im Boden mittels eines Kabels an dem Mast entlanggeführte Strom gewissermaßen in jedem Mast bis zu dessen Spitze emporbringt, und daß dann oben eine Art Zapfhahn angebracht ist, aus dem der vorbeifahrende Zug solange Elektrizität schöpft, wie seine oben genannte Leitung in Verbindung mit dem betreffenden Mast steht. Der Abstand der Masten soll 76 Meter betragen. Ein Zug aber wird 80 Meter lang sein, infolgedessen muß der Zug immer mit mindestens einem Mast in Verbindung sein, so daß beständig ein Zustießen von Strom zu der Leitung auf den Dächern des Zuges stattfindet. Erfolgreich werden dadurch verschiedene Vorgänge erzielt. Der freie Blick über die Straße wird nicht beeinträchtigt. Es ragen nur Masten empor, deren Abstand ziemlich groß ist. Auch wird an Draht gespart, weil jede Zugseinheit eine kurze Leitung mitbringt und eine solche von Mast zu Mast daher unnötig wird. Auch diese Einrichtung ist eine deutsche Erfindung.

## Die erste deutsche Nordpolforschungsexpedition.

Am 24. Mai 1898, nachmittags 2 1/2 Uhr, legte die Yacht „Grönland“, Kapitän Karl Rodewich, in Sanwitzen Segel, um eine Reise in das Gebiet des Nordpols anzutreten, die erste, die je von Deutschen unternommen wurde. Die Seele des Unternehmens war Dr. August Petermann, der verdienstvolle Leiter der Geographischen Anstalt von Julius Verbeke in Göttingen, auf dessen Betreiben eine ganze Reihe deutsche Forschungsreisen zurückzuführen. Zum ersten Male hatte dieser „Vater der deutschen Nordpolfahrten“, wie man ihn genannt hat, im Jahre 1895 den Versuch gemacht, eine Forschungsreise ins nördliche Eismeer durchzuführen, aber Reinhold Werner, der Leiter dieses Unternehmens, mußte zwölf Stunden nach der Abfahrt seines Schiffes wegen eines Maschinenunfalles wieder umkehren. Der Krieg 1898 hatte Petermann dann gezwungen, einstweilen von seinem Plane Abstand zu nehmen, unmittelbar danach aber kam er wieder darauf zurück, und am 28. Februar 1898 erhielt Karl Rodewich, der damals in Göttingen dem Studium der Astronomie oblag, eine Aufforderung Petermanns, die Leitung einer Nordpolreise nach der grönländischen Ostküste zu übernehmen. Petermann hatte durch Vorträge, Zeitungsartikel und einen Aufruf aus ganz Deutschland so reiche Spenden zusammengebracht, daß die Durchführung des Unternehmens nun gesichert war. Rodewich war mit Petermanns Plänen durchaus einverstanden und übernahm ihre weitere Durchführung. Er begab sich nach Bergen, das als Ausgangspunkt der Reise gewählt wurde. Es gelang, ein geeignetes Schiff zu kaufen und für seine Zwecke herzurichten. Am 24. Mai ging die Grönland mit 12 Mann an Bord in See.

Aus Rodewichs Schilderung dieser ersten deutschen Nordpolreise weiß man, daß ihr wegen des unangenehmsten Kampfes mit dem Eise keine großen Entdeckungen glückten: das Eis hinderte das Schiff, an der grönländischen Ostküste Anker zu werfen, neue Vorstöße nach Spitzbergen und Ostgrönland scheiterten wiederum an der Undurchdringlichkeit des Eises, und schließlich mußte Rodewich wegen der fortgeschrittenen Jahreszeit umkehren. Er und Petermann machten aber diesen Mißerfolg schon im Jahre darauf wieder gut, denn die zweite große Nordpolreise, die im Jahre 1899 mit zwei Schiffen unter Rodewich und Hegemann aufbrach, hatte große Erfolge und entdeckte unter anderem den Kaiser-Franz-Josephs-Fjord.

## Was der Blitz trifft.

Welche Werte alljährlich der Blitz vernichtet, darüber bestehen in der Allgemeinheit keine zutreffenden Vorstellungen. Eine Aufklärung nach dieser Richtung ist aber jetzt besonders wichtig, weil sowohl das Menschenleben wie alle anderen Dinge, die durch den Blitz zerstört werden können, im Wert sehr gestiegen sind.

Wie sehr es nötig ist, den Blitzschaden auf jede mögliche Art einzuschränken, beweisen die statistischen Ausweise über seine Höhe. Selbstverständlich ist er in den verschiedenen Jahren nicht immer gleich, da ja auch die Zahl der Gewitter nicht nur am einzelnen Ort, sondern auch im allgemeinen Jahr für Jahr verschieden ist. So schwankte ihre Zahl in den Jahren 1904—1910 zwischen 19 und 40. Diesen Gegenständen entspricht die Zahl der Todesfälle durch Blitzschlag, indem in dem gewitterärmsten Jahr (1904) nur 82, in dem gewitterreichsten Jahr (1910) aber 236 Menschen allein in Königsreich Preußen durch den Blitz getötet wurden. Daraus aber ist nicht zu schließen, daß die Gewitter häufiger oder ihre Gefähr-

lichkeit größer geworden ist, sondern auch die Bevölkerung hat um 2 1/2 Millionen zugenommen. Freilich entspricht die Zahl der Blitzeitungen der Gewitterhäufigkeit nicht ganz genau, da im Jahre 1906 bei einer durchschnittlichen Zahl von nicht ganz 30 Gewittern sogar 250 Menschenleben durch Blitz vernichtet wurden und außerdem die Höhe der Verluste an Menschenleben davon abhängig ist, ob die größte Gewitterhäufigkeit auf das Frühjahr, in den Herbst oder in den Sommer fällt. Je mehr sie mit einer Zeit starker ländlicher Beschäftigung zusammenfällt, um so größer wird die Zahl der Opfer sein, da die weitaus meisten auf Landeute entfallen und zwar während der Arbeit im Freien.

Der Sachschaden durch Blitzschlag wurde schon im Frieden auf rund 12 Millionen Mark jährlich veranschlagt, wovon nur eine Million auf städtische Siedlungen entfiel. Da auf dem Lande jede Art von Erneuerung und Ausbesserung noch schwieriger zu erreichen ist als in einer Stadt, so ergibt sich aus dem daraus der zwingende Schluß, daß überall und schleunigst für eine Verstärkung der Blitzsicherung Sorge getragen werden muß. Der Städter macht sich heute von den Blitzschäden, weil sie eben zum größten Teil auf dem Lande eintreten, nicht den richtigen Begriff und ist über solche Zahlen erstaunt. Sie bleiben übrigens noch weit zurück hinter den Ergebnissen der Statistik in den Vereinigten Staaten, wo durchschnittlich jedes Jahr nicht weniger als 1500 Menschen vom Blitz getroffen und davon 500 getötet werden. Der Sachschaden wird dort alljährlich auf 24 Millionen Mark angegeben.

## Notizen.

— **Theaterchronik.** Das kleine Theater hat der bürgerlichen Spielzeit halber im Endergebnis mit den Verfassern die Erstaufführungen des „Einsamen“ von Hanns Johst und des Lustspiels „Adam, Eva und die Schlange“ von Paul Eger auf den Herbst verschoben.

— **Vorträge.** Prof. Ludwig Stein spricht in den von der Humboldt-Akademie Freie Hochschule veranstalteten Vorlesungen Sonnabend, den 25. Mai, 8 Uhr im Bürgerhalle des Berliner Rathhauses über: „Die Weltanschauung des Orients und die deutsche Philosophie“.

— **Geographisches.** Bis in unsere deutschen Zeitungen schlägt jetzt der Kampf um die künftige Gestaltung laulastischer Staatsbildung seine Wellen. Die Leser des „Vorwärts“ werden sich bei der hier abgedruckten Tolstoischen Erzählung „Gadski Kurat“ erinnern, die in vergangene Kämpfe jener Bergbiller einführt. Der Sozialist weiß, daß im Kaukasus lange schon eine starke sozialistische Bewegung bestand, die 1905 für einige Zeit die Herrschaft erlangte und aus der u. a. Tschelbe, 1917 Vorkämpfer des russischen Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrats, Namişwili, der nach Sibirien verschickte Dumaredner, und Pereteli, der als Kjerenski Innenminister den bolschewistischen Zulaufstand niederschlug, hervorgingen. Kaukasische Sozialistengruppen gehörten der Internationalen an und waren auf ihren Kongressen vertreten. Im vorigen Sommer waren auch in Stockholm Vertreter laulastischer Selbstständigkeitsstrebens anwesend. — Die reiche georgische Literatur wird in einer eigenartigen zierlichen, etwas antikeitliche erinnernden Schrift gelezt.

— **Das Laub in der Futternot.** An der Front ist Mangel an Futter. Deutschland besitzt 2 1/2 Millionen Hektar Laubwälder, und mit diesen gewaltigen Laubmengen ist es sicher möglich, den Futtermangel zu beseitigen. Sorgfältig gewonnenes Laub hat einen höheren Futterwert als gutes Wiesengras, darum rechnet man in der Praxis 85 Kilogramm Laubheu auf 100 Kilogramm Wiesengras. Esche, Ahorn, Linde, Pappel, Ulme und Vogelbeere geben das beste Futterlaub. Duche, Esche, Erle und Birke sind als Futter etwa mittlerem Wiesengras gleich. Es kommt darauf an, daß sich überall alle verfügbaren Kräfte, vor allem die Jugend, sofort beim Laubsammeln beteiligen, da es sich um ungemein große Mengen handelt. Das Laub wird schattentrocken angeliefert und in Dreikets gepreßt der Front zugeführt.

— **Ein Blick in den Krähensagen.** Um den Grad der Gesundheit oder Mangelhaftigkeit der Krähensagen festzustellen, untersuchte man die Nahrung im Körper der toten Krähensagen. Der Amerikaner E. H. Kolmbach hat für das Landwirtschaftsministerium eingehende Untersuchungen angestellt. Es wurden 1340 ausgewachsene und 778 junge Krähensagen untersucht. Das Ergebnis war, daß in der jährlichen Ernährung der ausgewachsenen Krähensagen 25 Proz. tierische Nahrung und 71,8 Proz. pflanzliche Nahrung war. Die tierische Nahrung besteht zu 18,7 Proz. aus Insekten, die pflanzliche Nahrung zu 51 Proz. aus Getreide und anderen Feldfrüchten, zu 5,7 Proz. aus Gartenfrüchten und zu 17 Proz. aus milden Früchten und Samen. Die jungen Krähensagen verbrauchen mehr tierische Nahrung, nämlich 83,4 Proz., hingegen nur 16,6 Proz. pflanzliche Nahrung. Das endgültige Ergebnis fällt, wie man sieht, für die Krähensagen mehr als ungünstig aus.

42]

## Pioniere.

Roman aus dem Norden von Ernst Dibring.

Sie verstanden nicht, daß sie vom ersten Lichtstrahl an, den sie gesehen hatte, verurteilt gewesen war, zu leben, wie sie gelebt hatte. Sie glaubten, wie so viele andere, an die schöne Lüge von der Willensfreiheit der Menschen und wußten nicht, daß viele Königinnen als Dirnen sterben und viele Dirnen als Königinnen. Deshalb ehrte es sie noch mehr, daß sie in ihr nur den Menschen sahen, der ausgekämpft hatte. Und als Beweis, daß alle Sünden vergeben werden können, legten sie in ihre gefalteten Hände einen Strauß von den letzten Blumen des Spätsommers, der weißen Andromeda.

Dann brachte man die Schwarze Bärlin auf den Kirchhof in Lorneham und begrub sie bei all den andern, die im Kampf gegen die Wildnis umgekommen waren.

## Dreizehntes Kapitel.

Das Gespenst erschien im Frühjahr bei der Bahn, als die Arbeit am heißesten war und der Bahndamm seiner Vollendung entgegen ging.

Die Kippwagen waren schon auf dem unteren Teil der Bahn mit Schwellen und Schienen, und von dort arbeiteten sich schon Lokomotiven mit Materialwagen durch. Der obere Teil der Bahn war noch unbedeutend von Schwellen, und dort wurde die Arbeit mit Hochdruck forciert.

Der Winter war hart gewesen und der Bahndamm war überall in großen Wuckeln gefroren, man hatte also eine ganz gute Vorstellung davon gehabt, was für Kämpfe einem einmal in der Zukunft bevorstanden. Es blieb nichts übrig als den Lehm und die andern schönen Sachen auszugraben und statt dessen Kies und Moorerde aufzufüllen, um die Frostspaltungen zu verhindern.

Die schlimmste Arbeit hatten sie mit den großen Steinen, die heimtückisch in dem Bahndamm eingebettet lagen und zu mächtigen Frostbeulen aufschwollen, die eine nach der andern wegoperiert werden mußten. Um das bishen Steintohlenasche, womit man die kleineren Unebenheiten ausgleichen konnte, entstanden förmliche Brägelien, sonst aber

mußte man so gut wie den ganzen Bahndamm ausgraben und auf dem Grunde einen Entwässerungsgraben mit Steinen und Moos anlegen, um das Wasser seitlich abzuleiten. Die Ingenieure suchten und froren. Es war ein Kampf, der die Geduld mehr als zuträglich in Anspruch nahm, so erbittert und unbeherrschbar wurde er. Hatte man in einer Woche auf etwa hundert Meter Länge einen Wudel wegoperiert und die Isolierungsbetten fertig, dann bildete sich ein Stück davon ein neuer Wudel. Sofort murmelte etwas davon, das beste sei, gleich die ganze Bahn zu isolieren, aber dann würde man noch zehn Jahre brauchen, und dann würden die alten Herren im Reichstag aus purer Wut gestorben sein und es würden neue Kaiserbergschwäger da sein, die einem das Leben noch mehr verbitterten. Man mußte nur mit aller Kraft schuften, um die Bahn rechtzeitig fertigzustellen.

Witten in diese schlimmste Zeit hinein kam das Gespenst, leise, unerwartet und heimtückisch, wie Gespenster es an sich haben. Zuerst suchte es den norwegischen Teil der Bahn heim und nahm zweiunddreißig Mann mit. Dann ging das Gespenst auf die schwedische Seite über und begann hier zu wüten. Die Krankenbaracken unten in Lorneham waren überflutet, und die Krankenpflegerinnen und der Doktor drangen fast vor Ueberanstrengung zusammen, als sich in Begleitung des Gespenstes auch noch Diphtheritis einstellte.

Die Arbeiter waren nicht leicht ins Vorshorn zu jagen, aber sie konnten doch nicht umhin, sich etwas fleißiger als sonst mit dem Gedanken an ihr Abscheiden zu beschäftigen. Einige suchten sich mit Alkohol immun zu machen, aber es wurde nicht besser, denn dann liefen sie ganze Tage und übrigens auch Nächte närrisch herum. Andere schickten ihre durchgeschwittenen Papiergeldbündel auf die Bank im Süden, um auf alles vorbereitet zu sein. Aber keiner verließ seinen Posten und floh. Hier oben hatten sie außerdem so viele Seitensamkeiten erlebt, daß sie gegen das Gespenst abgehärtet waren, und dieser und jener prahlte auch, es gäbe nichts auf der Welt, dem ein Bahnarbeiter nicht in die Augen zu sehen wagte, aber das waren solche, die nicht wußten, daß die gefährlichsten Feinde die sind, die man nicht sieht, die man niemals sieht, und am allertüchtigsten von Angesicht zu Angesicht.

Die siebenundzwanzigste Schicht war noch verschont geblieben. In den benachbarten Barackenlagern hatte das Gespenst sich gezeigt und einige Arbeiter in seiner geheimnis-

vollen Weise abbeten, aber in der siebenundzwanzigsten Schicht ging alles seinen gleichen Gang. Man merkte nichts Außergewöhnliches, das einzige war, daß abends manchmal lange Pausen in den Gesprächen entstanden und daß das Kartenpiel eine bedenkliche Neigung zeigte, einzutrocknen. Hansson prahlte denn auch Hört gegenüber, als er ihm begegnete, daß die siebenundzwanzigste Schicht doch die feinste von allen sei, und daß ihr nichts in der Welt etwas anhaben könne, so lange Stöld mit seinen Riesensarmen die kleinen Teufel fernhalte.

Das Gespenst mußte diese Prahlerei gehört haben, denn am selben Tage fand es sich in den Baracken der siebenundzwanzigsten Schicht ein.

Die Arbeiter sahen beim Mittagessen um den langen Tisch in der Baracke. Maja hatte ihnen eben Erbsuppe auf die Keller getan. Die Tür zur Diele stand offen und die Küchenteile auch, denn Maja hatte beim Kochen Malheur gehabt, und man mußte frische Luft haben an Stelle der brandigen und verräucherten, die in einer leichten Wolke um den Herd stand. Die Arbeiter aßen Erbsuppe mit Speck und verspeisten dazu die großen Brotkruste, die sie so regelmäßig wie möglich mit den Lebensmittelfuhren aus Nombabotten bekamen.

Das Gespenst, das draußen umging, mochte sich durch die offene Tür eingeschlichen haben, denn plötzlich stand es hinter Stöld und packte ihn bei der Kehle. Stöld wurde blutrot im Gesicht und ließ den Köffel fallen.

„Was ist los?“ fragte Hansson und hielt im Essen inne. Die ganzen Leute hörten auf zu essen.

Stöld sah aus, als müßte er ersticken. Er stand auf und riß das Wollhemd auf, daß die Knöpfe über den Tisch sprangen. Er wurde rotblau im Gesicht, und es überließ ihn ein Frostschauer, daß der ganze Tisch, an dem er sich hielt, wie bei einem Erdbeben zitterte. Er schnappte nach Luft, bis die Boden freibeweis wurden, und schließlich kam ein Brüllen über seine Lippen, daß sogar die Arbeiter zusammenzuckten. Er rollte die Augen ohne jeden menschlichen Ausdruck, und plötzlich fiel er der Länge nach über den Tisch, so daß der Inhalt der Suppenteller überschwappte. Maja schrie auf.

„Na ja,“ sagte Hansson, „jetzt haben wir es hier.“ „Es“ war das Gespenst, der Wyphus.

(Fortf. folgt.)







... dem deutschen Handel nur Sporn und Anstoß sein dürfen, noch machtvoller hinauszutreiben auf das Urelement alles großen und wirklich freien Handels: das freie Meer.

Mit dem Dank des Kammerpräsidenten an den Redner wurde die Versammlung geschlossen.

## Die Sehnsucht der Alldeutschen nach dem „Rachekrieg“.

### Friboles Selbstbekenntnis eines Führers.

Wenn man den Alldeutschen vorhält, daß viele von ihnen den jetzigen Weltkrieg mit herbeigeseht und herbeigewünscht, daß diese ferner durch das Aussprechen ihrer Gedanken den Satz des Auslands gegen Deutschland und den allgemeinen Glauben der übrigen Völker an die Kriegsschuld Deutschlands auf dem Gewissen haben, so gerät die alldeutsche Presse regelmäßig in einen Entrüstungssturm. Demgegenüber können wir jetzt mit einem durchschlagenden Beweisstück dienen. Im Verlage der Reichensbachschen Verlagsbuchhandlung hat einer der geistigen Führer der Alldeutschen, Herr Kurd von Strang, ein Buch erscheinen lassen: „Unter völkisches Kriegsziel“. Das erste Kapitel dieses Buches überschreibt Herr v. Strang „Ein Selbstbekenntnis“, und dieses Selbstbekenntnis beginnt mit den Worten (an der Mißhandlung der deutschen Sprache durch die Alldeutschen sind wir schuldlos):

„Schon als Schutzhunde unter dem Eindruck des letzten Deutsch-Französischen Krieges und dann einem ausnahmsweise vortrefflichen Geschichtsunterrichts auf dem damaligen Berliner Joachimsthalschen Gymnasium in bewußter Ablehnung der klassischen Bildung, die das eigene Volk geistlich unterdrückt, war der deutsche Vergeltungskampf, wie wir diesen Weltkrieg richtiger heißen müssen, der Traum meines Lebens, an dessen Erfüllung ich nie gezweifelt, wohl aber, ob ich bei der unglücklichen Friedensseligkeit der nachsüdmärkischen Reichsleitung noch erleben würde, ein Glück, das mir beschieden wurde. In Wort und Schrift habe ich für diesen Rachekrieg gefochten, der unsere angestammten Volks- und Reichsgrenzen endlich wiederherstellen soll, die wir seit 1562 im Westen und Osten allmählich verloren haben. Weder 1815 noch 1871 brachten sie zurück. Bismarck war der Begründer, nicht der Vollender unseres völkischen Aufstiegs. Seine Entlassung hemmte die siegreichende Bahn, da sein unfähiger Nachfolger halb Deutschafrika dem neuen Erzfeinde England sinnlos ohne Gegenleistung schenkte. Damit begann der Abstieg, den nur dieser Weltkrieg aufhalten konnte, den ich ersehnte und vorausah, als solche Gedanken unvollständig waren...“

Das gesamte feindliche Ausland wird diese Selbstbekenntnisse des Herrn v. Strang mit hoher Befriedigung zur Kenntnis nehmen. Wenn Herr v. Strang für sein Buch von feindlichen Agenten bezahlt worden wäre (was wir damit keineswegs behaupten wollen), hätte er dem feindlichen Ausland nicht besser in die Hände arbeiten können. Den Umstand, daß die Alldeutschen nicht mit der deutschen Regierung identisch sind, kann man jenseits der Grenzen den Massen leicht verschleiern, und dann bleibt der agitatorische Satz: „Da habt ihr das offene Bekenntnis, wie sie in Deutschland diesen Krieg herbeigeseht, herbeigewünscht, in Wort und Schrift für ihn gefochten und ihn schließlich auch herbeigeführt haben.“ Der Glauben an Deutschland als den Anführer des Weltkrieges kann im feindlichen Ausland durch das Strang'sche Buch zur Felsenfestigkeit erhärtet werden.

Für uns ist das Bekenntnis dieses Alldeutschen allerdings kein Beweis für die Schuld der deutschen Regierung, wohl aber für das verbrecherische Treiben gewisser alldeutscher Kreise, die sich jetzt offen rühmen und brüsten, daß sie diesen Weltkrieg als ihr größtes Glück herbeigeseht und „in Wort und Schrift für ihn gefochten“ haben. Die Reichensschuld der alldeutschen Clique am deutschen Volk ist durch das Strang'sche Buch klar erwiesen. Die Antwort an diese fribole Gesellschaft werden die Eltern geben, die ihre Kinder, die Frauen, die ihre Männer, die Kinder, die ihre Väter, die Krieger, die ihre gesunden Gliedmaßen, die Millionen, die ihr ruhiges Glück und ihre Existenz geopfert haben, als das in Erfüllung ging, was diese Gewaltmenschen als den „Traum ihres Lebens“, als „ihr höchstes Glück“ bezeichnen!

## Ein agrarischer Vorstoß gegen die Zwangsbewirtschaftung.

Der Abg. Dr. Köfide vom Bund der Landwirte hat im Reichstagsauschuß einen Antrag eingebracht, der auf einen „Abbau“, in Wirklichkeit auf eine völlige Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung und Rationierung der wichtigsten Lebensmittel hinausläuft. Dr. Köfide will die Beschlagnahme von Getreide und Kartoffeln nur zu einem Teil durchgeführt wissen, der überschüssige Teil der Ernte soll dem freien Handel freigegeben werden. Dr. Köfide sieht in diesem Antrag eine wirksame Bekämpfung des Schleichhandels. Würde dieser legitim gemacht, so würden auch seine hohen Preise sinken.

In Wirklichkeit führt der Antrag Köfide gerade zu den umgekehrten Konsequenzen. Er wäre überhaupt nur diskutabel, wenn die heute beschlagnahmten und rationierten Mengen an Getreide und Kartoffeln erheblich mehr ausmachten, als für die Ernährung der Bevölkerung ausreichend ist. Aber gerade jetzt ist die Verabreichung der Ration, daß die beschlagnahmten Mengen ja nicht einmal die notwendige Ernährung garantieren. Würde nun noch ein Teil der Ernte von der Beschlagnahme ausgenommen, so müßten diese Rationen damit auf ein unerträglich geringes Maß sinken. Außerdem würde es der Regierung gar nicht mehr möglich sein, auch nur die geringeren beschlagnahmten Mengen zusammenzubringen. Denn gibt es einmal erst in Deutschland beschlagnahmte Getreide, Mehl, Brot usw., so wird man das Wunder erleben, daß sich über Nacht auch alle beschlagnahmten und rationierten Waren in „beschlagnahmte freie“ verwandeln. Bei der berühmten „Auslandsware“ haben wir genügend Proben solcher Verwandlungskünste kennen gelernt, und hier wäre eine Kontrolle erst recht nicht möglich. Der Schleichhandel, weit entfernt zu verschwinden, würde nun erst ordentlich aufleben, er würde im Handumdrehen den größten Teil der rationierten Waren an sich reißen, und dann hätten wir den — von Leuten des Schlages Oldenburg-Vanuschau allerdings für „natürlich“ gehaltenen Zustand, daß reiche Leute genau wie im Frieden lebten und die Arieasopfer und Entbehrungen ganz ausschließlich von den Armen und Besitzlosen getragen würden. Uebrigens ist Köfide viel zu sehr Agrarier, als daß der Pferdesuß in seinen Anträgen nicht durchguckte. Die Inne-

haltung der Kartoffellieferungen soll durch möglichste hohe Preise „angereizt“ werden. Sein Antrag sagt:

Der Grundsatz muß sein, daß die Kartoffeln, die durch die Lieferungsverträge für das Reich sichergestellt werden, so hoch im Preise stehen, daß der Landwirt das volle pekuniäre Interesse hat, vor allem das Reich zu beliefern.

Wie hoch das ist, mag sich jeder ausmalen! Sollten die Kartoffeln dann für die ärmere Bevölkerung unerlässlich werden, so überläßt es Herr Köfide wohlmeinenden Kommunalverwaltungen, sie zu billigeren Preisen zu liefern und die Differenz (auf Kosten der städtischen Steuerzahler) draufzuzahlen. Natürlich muß nach Dr. Köfide auch der Milchpreis bedeutend gesteigert werden. Es entspricht der Rationalität eines Bündlerführers vom Schlage Köfides, selbst in der Begründung dieses Antrages das Wort von der „Opferfreudigkeit der Landwirte“ im Munde zu führen. Die von Köfide gemeinte Opferfreudigkeit der Landwirte besteht darin, daß auch hier Dr. Köfide es den Kommunen überläßt, durch Zuschüsse der minderbemittelten Bevölkerung die Milch erschwinglich zu machen.

## Erzbergers Antwort.

In längeren Ausführungen, welche die „Germania“ in einer Sonderbeilage abdruckt, nimmt der Abg. Erzberger das Wort zu Verteidigung und Angriff gegen die „Köln. Volkszeitg.“, das Hauptorgan des annexionsistischen Zentrumsflügels. Erzberger überkreuzt seine Ausführungen „Recht oder Recht“ und kennzeichnet damit den Gegensatz der Grundauffassung, die ihn von seinen annexionsistischen Gegnern trennt.

Manches von Erzbergers Ausführungen ist recht interessant für die Kritik der inneren Verhältnisse der Zentrums-Partei, so, wenn er hervorhebt, daß nur Angehörige des Adels und fast nur Mitglieder der Vaterlandspartei innerhalb der preussischen Zentrums-Partei gegen das gleiche Wahlrecht gestimmt haben. Ein großer Teil der Erzberger'schen Ausführungen gilt der Widerlegung des von der „Köln. Volkszeitung“ erhobenen Vorwurfs, daß er (Erzberger) die gesamten Verhältnisse durchaus falsch beurteilt habe. Hier widmet sich Erzberger mit besonderer Ausführlichkeit dem Nachweis, daß er die politischen Wirkungen des uneingeschränkten U-Boot-Krieges, die von den Alldeutschen stets als leichte Arbeit genommen werden, von Anfang an richtig eingeschätzt habe. Er lobt gewisse Staatsmänner, die im Juli 1917 (einige Monate nach Beginn des U-Boot-Krieges) in die Ferien gingen, um Kraft zu sammeln für die „unmittelbar bevorstehenden Friedensverhandlungen“, und sagt sein Urteil über den U-Boot-Krieg in folgenden Sätzen zusammen:

Der U-Boot-Krieg wirkt und bleibt ein außerordentlich wertvolles Instrument in unserer Kriegführung. Aber alle Berechnungen des Admiralsstabes, des Reichsmarineministers, der Sachverständigen“ und anderer Stellen sind teils über den Haufen geworfen worden, teils einer gründlichen Revision unterzogen worden. Die von mir aufgestellten Gesichtspunkte über die Bewertung von Zahlen und Terminen bezüglich der Wirkung des U-Boot-Krieges haben sich mit jedem Monat mehr bewährt und werden sich immer mehr bewahrheiten. Ich persönlich kann nur bedauern, daß die derzeitige Lage es nicht gestattet, alle diese Fragen in breiter Öffentlichkeit zu besprechen.

Bzüglich seines prinzipiellen Standpunktes hat es Erzberger natürlich leicht, gerade innerhalb einer Partei wie der Zentrums-Partei den Verständigungsfrieden als Forderung des Christentums zu verteidigen. Er schreibt:

Die Verurteilung der Annexionisten auf das Blut, das nicht umsonst geflossen“ sein dürfte, ist ein erschütternder Ausdruck für das Maß, bis zu welchem die Materialisierung aller Werte in dem Bewußtsein von Menschen geblieben kann. Kein Stück fremden Landes und keine Summe feindlicher Gelder ist das Blut wert, das Deutschland vergießen mußte. Wenn diese Verurteilung das letzte Argument des Annexionismus ist, so ist er damit gerichtet.

Hervorzuheben ist schließlich noch eine Stelle der Erzberger'schen Rechtfertigung, in welcher Erzberger die Verfürgung der Expropriation als unmittelbare Folge der verfehlten ukrainischen Politik bezeichnet.

## Der Fliegerangriff auf Köln.

Der Reichstagsabgeordnete Rudloff (Köln-Land) hat folgende Anfrage an den Reichskanzler gestellt:

„Am 18. Mai hat ein feindlicher Fliegerangriff auf die Stadt Köln außerordentlich zahlreiche Opfer an Toten und Verwundeten gefordert. Aus den näheren Umständen geht hervor, daß es dem Feinde weniger darauf ankam, militärischen Schaden anzurichten, als vielmehr die schulpflege Bevölkerung grausam zu töten. Eine rechtzeitige Warnung der Bevölkerung hat vollständig gefehlt. Ist der Herr Reichskanzler bereit, eine Feststellung darüber zu veranlassen, weshalb und ob eine solche Warnung nicht rechtzeitig hat erfolgen können, und ob es nicht möglich ist, einen wirksameren Schutz der feindlichen Fliegerangriffen am meisten ausgelegten Orte herbeizuführen? Ist der Herr Reichskanzler weiter bereit, Anregungen zu veranlassen oder Bestrebungen zu unterstützen, die dem sinnlosen Mord von Frauen und Kindern durch Abmachungen internationaler Art endlich ein Ende zu machen?“

Auf Grund einer eingehenden Vernehmung der sämtlichen beteiligten Stellen ist die Anfrage vom Reichskanzler dahin beantwortet worden:

„Durchaus sichere Mittel zur Verhinderung von Luftangriffen gibt es nicht; in erster Linie steht eine gute Flugabwehr, sobald die Drohung von Vergeltungsflügen gegen die feindlichen Hauptstädte. Nach beiden Richtungen ist die Seeresverwaltung tätig. Nach Zeitungsberichten haben sich in der französischen Kammer und ganz besonders im Gemeinderat der Stadt Paris ernste und eindringliche Stimmen für eine Verständigung der kriegführenden Parteien über die Einstellung von Fliegerangriffen gegen Städte außerhalb des Operationsgebietes erhoben. In bestimmten Anträgen von feindlicher Seite hat dies bisher nicht geführt. Sollte dies geschehen, so würden zunächst die militärischen Stellen mit der Prüfung des Antrages befaßt werden.“

## Tirpitzens reservierter Wagen.

Von geschätzter Seite wird uns folgender Vorfall mitgeteilt: Auch am Dienstag nach Pfingsten waren die Plätze nach Berlin noch so überfüllt, daß die Leute in allen Wagenflüssen wie die Heringe aufeinander lagen. Ich wollte den von Stuttgart kommenden Schlußzug um 9 Uhr in Freienwalde besteigen. Doch der Ansturm der wartenden Menge, darunter vor allem der Frauen mit Kindern, war so groß, die Abteile schon so überfüllt, daß ich die Hoffnung, mitzukommen, schon aufgeben wollte, als ich einen halben Wagen 2. Klasse entdeckte, der fast leer war. Während in den anderen Wagen das unbeschreibliche Gedränge war, während Frauen und Kinder kreischend, weinend, verzweifelt noch ein Plätze zu erringen suchten, sah da in einem Halbwagen, der zwei Abteile umfaßte, die miteinander verbunden waren, ein einzelner Herr einsam und allein da und sah mit philosophischer Gelassenheit dem Gedränge der Plebs zu, die ver-

nebens an seiner vom Schaffner versperrten Tür räkelt. Mit mir hatten noch andere den leeren Halbwagen entdeckt. Wir forderten energisch vom Schaffner sofortigen Einlaß. Er erwiderte: „Bebauere, der Wagen ist bestellt!“ Nun gibt es nach den jetzt gültigen Bestimmungen für gesunde Leute keine bestellten Wagen (und der Herr sah wohlgenährt und gesund aus) oder wenigstens nur so weit der Raum nicht anderweitig beansprucht wird, überdies war vom Schaffner nicht bloß ein Abteil, sondern gleich zwei mit einander verbundene reserviert. Jetzt sammelte sich eine Menge empörter Reisender vor dem geheimnisvollen Abteil an und es wäre, wenn der Schaffner nicht schleunigst die Tür zu dem Abteil neben dem pöbelberachtenden Reisenden geöffnet hätte, zu Gewalttätigkeiten gekommen. Aus dem anstehenden Coupé konnten pensionierte Personen in den geheiligten Raum jener abgeperrten Persönlichkeit eindringen, und, siehe da, als wir den Herrn genauer anfaßen, der von seinem Fensterplatz mit so erhebener Gleichgültigkeit dem Drängen der Masse draußen zusah, indes er es sich's auf drei oder vier leeren Plätzen bequem machen konnte, da entdeckten wir, daß der mittelalte Reisende — Herr v. Tirpitz war. Er zog den Hut vom Kopfe, offenbar damit wir ihn an seiner Idealogie noch leichter erkennen konnten, und strich sich behaglich die graue Nase seines Vollbartes. Es regnete nun anlässliche Bemerkungen: „Ja, so sind sie, die Vaterlandsleute, sie reservieren sich die bequemsten Abteile, das niedrige Volk mag sich daneben zu Tode drängen.“ Als später auch vom „Vorwärts“ die Rede war, vertiefte sich Erzberger in eine Broschüre. In Oberwalde wollten wir eine verweilte Mutter mit Kind in unser Abteil nehmen, doch der Schaffner verwehrt ihr den Zutritt, offenbar sollte Herr von Tirpitz vor Kindergefahr bewahrt werden. Niemals werde ich den Ausdruck höchster Gleichgültigkeit oder Keugier vergessen, mit welchem der pensionierte Großadmiral dem Gedränge der andern durchs Coupéfenster zusah. In dieser teilnahmslosen Würdigkeit lag unzweifelhaft die Vaterlandspartei-Philosophie: Sich durch den Anblick der Leiden anderer nicht im geringsten betören lassen und sich's auf seinem unrechtmäßigen Vorzugsplatz gelassen göttlich tun...“

## Butterfegen in Königswusterhausen.

In der Woche vor Pfingsten herrschte plötzlich in der kleinen märkischen Stadt Königswusterhausen ein auffälliger Ueberfluß an Butter. Das „Intelligenzblatt“ für Teltow-Beelitz-Storlow brachte folgende Anzeige:

Butterverkauf.  
Auf den Spellexarienschnitt 13 gelangen von Montag, den 18. d. M. ab 400 Gramm Butter zu 2,80 Mark zum Verkauf.  
Abgabe in den Geschäften, wo der Eintrag zur Kundenliste erfolgt ist.  
Königswusterhausen, den 11. Mai 1918.

Der Gemeindevorstand, Moskau. Eine fünfköpfige Königswusterhäuser Familie erhielt danach zu Pfingsten volle vier Pfund Butter, genau das Zehnfache dessen, was dem darobenden Groß-Berliner als Pfingstextragabe besichert wurde. Wie kam nun die Gemeinde Königswusterhausen in den Besitz berartiger Fettüberschüsse? Das hängt mit dem berühmten Kampf des Kriegsernährungsamtes gegen den Schleichhandel zusammen. Im Gemeindebezirk befinden sich große Werke der Rüstungsindustrie, deren Arbeiter aber meist nicht in Königswusterhausen, sondern über viele Gemeinden verstreut wohnen. Gelegentlich erhalten die Rüstungsbetriebe aus alten Verbindungen größere Lebensmittelbestände. Diese weicht der Königswusterhäuser Gemeindevorstand geizig abzulassen, und das Endresultat ist folgendes: Anstatt daß zehntausend oder mehr Rüstungsarbeiter eine Fettzulage von hundert oder zweihundert Gramm erhalten, bekommt ganz wahllos die Königswusterhäuser Einwohnerchaft, unter der sich nicht wenige aus Berlin angehebelte Vorkriegs- und Rentiers befinden, plötzlich unbedeutend mehrere Pfund Butter auf jede Familie. Was hat die ganze Beschlagnahme für einen Zweck, wenn das beschlagnahmte Gut in dieser sinn- und ziellosen Weise vergeudet wird?!

Der Entwurf eines sozialdemokratischen Aktionsprogrammes ist in unserer gestrigen Ausgabe durch Versehen einer Zeile entsetzt worden. Wir geben daher die von dem Unfall betroffenen einleitenden Sätze noch einmal wieder. Sie lauten:

„Der Weltkrieg hat sich im wirtschaftlichen und politischen Leben Deutschlands als gewaltiger revolutionärer Faktor erwiesen. Die überliefernten Produktions- und Handelsverhältnisse, die Vermögens-, Erwerbs- und Klassenstruktur des deutschen Volkes haben tiefgreifende Umwälzungen erfahren. Weitere Umgestaltungen werden als Rückwirkung des Krieges nach Friedensschluß eintreten. Noch stehen wir mitten im reißenden Strom der Entwicklung.“

Schwere Erkrankung des Reichstagspräsidenten. In dem Befinden des seit einiger Zeit erkrankten Reichstagspräsidenten Dr. Kempf ist eine erhebliche Verschlimmerung eingetreten, die in Anbetracht des hohen Alters des Patienten zu ernstesten Besorgnissen Anlaß gibt.

## Letzte Nachrichten.

### Fliegerangriff auf Paris.

Paris, 23. Mai. (Havas, Antlisch.) Gestern Abend überflogen feindliche Flugzeuge unsere Linien und wandten sich gegen Paris, sie wurden durch unsere Wachtposten gemeldet und durch festes Artilleriegeschütz empfangen. Ein einziges Flugzeug überflog Paris. Ein Flugzeug warf einige Bomben auf einen Punkt in der Umgegend von Paris ab. Es wurden weder Sachschaden noch Menschenopfer gemeldet.

Paris, 23. Mai. (Havas, Antlisch.) Um 1 Uhr 24 wurde zum zweitenmal alarmiert. Mehrere Geschwader von Flugzeugen nahmen nacheinander die Richtung auf Paris. Unsere Wachtposten eröffneten sehr festes Artilleriegeschütz gegen sie, unsere Flugzeuge flogen auf. Eine Anzahl Bomben wurde auf das Häusermeer von Paris abgeworfen. Der Alarm endete 3.30 Uhr.

### Die finnische Monarchie.

Stockholm, 23. Mai. Der finnische Senat hat nach einer Meldung aus Helsingfors an „Dagens Nyheter“ dem Verfassungsausschuß des Landtages mitgeteilt, daß er ihm einen Vorschlag zu einer neuen Regierungsform auf monarchischer Grundlage unterbreiten werde. Nachdem der Ausschuss hiervon Kenntnis genommen, beschloß er mit neun Stimmen gegen acht, die Behandlung der vor der Revolution einengegangenen Verfassungsvorlage auf republikanischer Grundlage aufzuschieben. Für diesen Beschluß stimmten die Altfinnen und die Schweden, dagegen die Jungfinnen und Agrarier.

### Petersburg-Stockholm.

Kopenhagen, 23. Mai. „Politiken“ meldet aus Stockholm: Die seit Kriegsbeginn unterbrochene Dampferverbindung Stockholm-Petersburg wurde wieder aufgenommen. Die beiden ersten Dampfer gingen gestern Abend von Stockholm nach Petersburg mit insgesamt 90 Reisenden ab. Die Reise wird drei bis vier Tage dauern.



# Gewerkschaftsbewegung

## Wahlen der Berliner Holzarbeiter.

Die Generalversammlung des Holzarbeiterverbandes (Kassette Berlin), die am Mittwoch abgehalten wurde, hatte die Wahl von vier Angestellten sowie einiger Mitglieder des Hauptvorstandes vorzunehmen. Nach den Bestimmungen des Statuts hat die Generalversammlung entweder die Angestellten für ein weiteres Jahr mit ihren Vertretern zu betrauen oder, falls das abgelehnt wird, werden die betreffenden Stellen ausgeschrieben und dann eine Wahl unter den Arbeitern vorgenommen. Zur Wahl standen die Angestellten Tomalski, Werner, Fendel und Lisch. Vor der Wahl kam es zur einer ausgedehnten Debatte, die sich in der Hauptsache um die Politik der Generalkommission drehte. Die Gegner, welche diese Politik verurteilten, meinten, die Angestellten des Verbandes hätten sich als die ausführenden Organe dieser Politik betätigt, was nicht im Interesse der Gewerkschaft liege. Im besonderen wurden auch Einzelfälle besprochen, wo der eine oder der andere Angestellte bei Verhandlungen in Lohnstreitigkeiten den Arbeitern gegenüber nicht mit der von den betreffenden Kollegen gewünschten Entschiedenheit aufgetreten sei. Besonders wurde dem Angestellten Fendel der Vorwurf gemacht, er habe bei einer Lohnbewegung in den Flugzeugfabriken nicht so gehandelt, wie es den Interessen der Holzarbeiter entspreche hätte. Fendel trat seinen Kritikern in längeren Ausführungen entgegen und bezeichnete die gegen ihn gerichteten Vorwürfe als völlig unbegründet. Auch andere Angestellte wiesen die gegen sie erhobenen Vorwürfe zurück. Hinsichtlich der allgemeinen Gewerkschaftspolitik wurde darauf hingewiesen, daß die Angestellten für dieselbe nicht verantwortlich gemacht werden könnten, denn sie haben ihre Tätigkeit nur im Rahmen der Beschlüsse der Ortsverwaltung und nach deren Auftrag auszuüben. Von einer Vernachlässigung der Interessen der Kollegen durch die Angestellten könne also keine Rede sein.

Die Versammlung wählte die Angestellten Tomalski, Werner und Lisch mit erheblicher Mehrheit wieder. Die Wiederwahl des Angestellten Fendel wurde mit einer kleinen Mehrheit abgelehnt. Die Ortsverwaltung wurde beauftragt, zu prüfen, ob eine Neubewertung der Stellung notwendig sei.

Die Wahl eines Mitgliedes des Hauptvorstandes wurde durch Zettel vorgenommen, das Ergebnis war beim Schluß der Versammlung noch nicht festgestellt. Als Revisor des Hauptvorstandes wurde Lomax gewählt.

Auf Antrag der Ortsverwaltung beschloß die Versammlung ohne Debatte, die Gehälter der Angestellten soweit zu erhöhen, daß sich ihr wöchentliches Einkommen auf 100 M. beläuft.

## Jahresgratifikation und Angestellte der Firma Deutsche Waffen- und Munitionsfabrik.

Zu der in Nr. 188 des „Vorwärts“ veröffentlichten Notiz erhalten wir von einem ehemaligen Angestellten der D. W. M. F. noch folgende bemerkenswerte Mitteilungen:

Der Artikel erweckt den Anschein, als wenn nur die Angestellten der D. W. M. F. Wigenau mit dieser an Almoien grenzenden Gratifikation bedacht worden sind.

Die D. W. M. F. unterhalten in Berlin NW, Kaiserin-Augusta-Allee gleichfalls eine Fabrik.

Hier liegen die Verhältnisse noch tief trauriger als in Wittenau. Als im Vorjahre bei der Bestellung der sogenannten Zantieme an die Angestellten sich eine fühlbare Unzufriedenheit unter denselben bemerkbar machte, wurde durch den Angestelltenausschuss eine Betriebsversammlung einberufen, die sich mit der Frage der Zantieme und einer eventuell zu zahlenden Teuerungszulage beschäftigte.

In dieser Versammlung ist von meiner Seite nachdrücklich darauf hingewiesen worden, daß das zurzeit bestehende System der Zantieme im Wege einer Zantieme zu zahlen, nicht beibehalten werden könne.

Der Versammlung ist damals von meiner Seite aus sehr nahe gelegt worden einfach auf die Zantieme zu verzichten, und die Bezahlung der Löhnerstunden zu fordern.

Daraufhin ist von einem Angestellten-Ausschussmitglied — der Ausschuss setzt sich fast ausschließlich aus sogenannten Selben zusammen — erklärt worden, daß sich die Angestellten nur bis zum nächsten Jahre, d. i. dieses Jahr, gebulden sollen, dann würde die Zantieme etwas besser ausfallen.

Wie nun die Zantieme diesmal ausgefallen sind, beweist die Tatsache, daß sogar Beträge von 10 M. gezahlt worden sind, was im Vorjahre nicht der Fall war.

Ich habe damals auch auf die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation hingewiesen, mir ist aber verschiedentlich gesagt worden, daß es auch ohne Organisation gehe.

Es sind dieses Jahr Zantieme von 10 M. bis zum Monatsgehalt gezahlt worden. Das durchschnittliche Monatsgehalt eines Angestellten bei dem D. W. M. F. beträgt 150 M.

An Löhnerstunden werden jährlich im Durchschnitt einschließlich Sonntags- und Inventurarbeiten 100 geleistet.

Was nun für die einzelnen Löhnerstunden dabei herauskommt, mag sich jeder leicht errechnen können.

Veilnehmend ist es für eine Firma die 30 Proz. Dividenden verteilt, daß sie ihre Angestellten mit derartigen Verteilungen absperrt.

Daraus ergibt sich, dies mag den beteiligten Angestellten eine Lehre sein, daß es ohne Organisation nicht geht.

## Die Oberneubrunner Unternehmer den Burgfrieden versprechen.

In Oberneubrunn in Thüringen fabricieren ein paar Unternehmer Geschloße — wie verschiedentlich berichtet wird, mit gutem Profit. Das ist in Thüringen, obwohl zum Teil noch eine allzu anspruchslose Arbeiterklasse anzutreffen ist, kein Wunder, lassen sich die in dieser Industrie beschäftigten Arbeiter ja nicht einmal den zwischen Organisation und Unternehmer allgemein festgelegten Tarif bezahlen, der in klarer und bündiger Form die Rechte für die einzelnen Arbeiten vorzeichnet. Außer diesen Vertrieben sind noch andere Betriebe der Holzbranche am Ort, in denen zahlreiche reklamierte beschäftigt sind und denen die Unternehmer einen niedrigen Lohn bieten zu können glauben. Diese reklamierten Arbeiter beschließen, daß wenn sie den Unternehmer darauf aufmerksam machen würden, daß ihr Verdienst nicht im Einklang steht mit den zwischen Arbeitgeber- und Arbeiterorganisation festgelegten tariflichen Abmachungen, auf Widerstand zu stoßen und einzugehen zu werden. Um nun die in der Oberneubrunner Holzindustrie beschäftigten Arbeiter über die tariflichen Vereinbarungen zu informieren und schließlich auch sonstige Verurteilungen zu besprechen, hatte der Holzarbeiterverband am Ort eine Versammlung einberufen. Das taten den Holzgewerkschaften jedoch nicht in den Aram zu lassen; fugs leiteten sie den Gemeindevorstand in Bewegung und auf dessen Anordnung erschien im Betriebe von Vogt u. Eichhorn folgende Bekanntmachung:

Auf Anordnung des Gemeindevorstandes und der Betriebsleitung der Firma Edwin Vogt in Oberneubrunn wird hiermit allen im Betriebe beschäftigten Arbeiterinnen und Heimarbeiter der Besuch der für Freitag abend 8 1/2 Uhr anderäumten Versammlung verboten. Die Versammlung bezügl. die Einberufung bezwecken lediglich Streikunruhen und Unzufriedenheiten zu verursachen.

Dieserjenige, die trotz unseres Verbotes diese Versammlung, welche unerhört des Ortes Oberneubrunn nicht abgehalten werden darf, besuchen, haben ihre sofortige Entlassung zu gewärtigen. Anherben werden diese Leute dem Kriegsamt gemeldet und auf die Dauer von sechs Monaten aus allen Heeresbetrieben ausgeschlossen.

Der Gemeindevorstand:  
gez. A. Böhner.

Korbwarenfabrik  
Vogt u. Eichhorn.

Besser als viele Worte kennzeichnet diese Bekanntmachung den Geist, der in den Köpfen des Gemeindevorstandes und der Unternehmer über das Verhältnis der Arbeiter im Arbeitsprozeß herrscht. Weil die Berufsorganisation der Arbeiter sich um die Durchsetzung der von ihr und den Arbeitgebern beschlossenen tariflichen Vereinbarungen bemühen will, werden die Einberufung beschuldigt, Streikunruhen und Unzufriedenheit unter den Arbeitern hervorzurufen zu wollen.

In Wirklichkeit befürchten die Unternehmer, daß die Arbeiter angehalten werden könnten, von ihren Arbeitgebern den rechtmäßigen Lohn zu fordern. Und der Gemeindevorstand teilt diese Befürchtung des Unternehmers, der ja für die Gemeinde ein einflußreicher Steuerzahler ist, und verbietet die Versammlung.

Gegen eine solche Willkür und Unmöglichkeitmachung von Versammlungen muß entschieden Einspruch erhoben werden.

Die Militärbehörden haben, da sie die von ihnen an die Unternehmer vergebenden Arbeiten anständig bezahlen, kein Interesse daran, daß die Arbeiter in der gegenwärtigen Zeit mit länglichen Verdiensten abgefunden werden. Der von dem Oberneubrunner Unternehmer geübte Lohndruck muß die heute schon vorhandene Unzufriedenheit der Arbeiter steigern, sie kann aber beseitigt werden, wenn sich die Organisation der Arbeiterinteressen annimmt. Und der Oberneubrunner Gemeindevorstand sowie die Unternehmer in der dortigen Holzindustrie mögen nicht glauben, daß sie durch eine solche Bekanntmachung auf die Dauer die Organisation von ihrer Pflicht, die Arbeiter über ihre rechtmäßigen Forderungen aufzuklären, abzuwenden und nutzlos machen können.

## Aus dem Kriegsausschuss für die Metallbetriebe Groß-Berlins.

Der Arbeitersausschuss der Firma Dr. E. F. S. Wilhelmstraße, ruft den Kriegsausschuss nach § 18 des Kriegsdienstgesetzes in einer Streikfahde an. Die Firma verlangt von den dort beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen auf Veranlassung einer Militärbehörde, daß sie eine Kontrollmarke als Ausweis während ihrer Aufenthaltsdauer im Betriebe tragen sollen. Die Arbeiter lehnten das Tragen ab und erklärten sich bereit, diese Kontrollmarke jederzeit auf Verlangen vorzuzeigen, sowohl beim Eingang und Ausgang sowie während der Dauer der Arbeitszeit. Damit begnügte sich die Firma nicht und wünschte, daß diese Abzeichen getragen werden sollen.

Der Schlichtungsausschuss stellt sich auf den Standpunkt der Arbeiter und erklärt in einem Schiedsspruch, daß die Arbeiter nicht verpflichtet sind, ein derartiges Abzeichen zu tragen, sondern daß es genügt, wenn sie diese Kontrollnummer auf Verlangen jederzeit vorzeigen.

10 Puder der H. A. G., Dichtberg, verlangen eine Entscheidung des Kriegsausschusses nach § 18 des Kriegsdienstgesetzes, weil die Firma ihnen einen Abzug gemacht hat. Bisher erhielten die Puder für das Kuben einer Granate 40 Pf.; sie sollen jetzt dafür nur noch 30 Pf. bekommen. Die Firma wird befehrt, daß die Puder sich die Abzüge nicht gefallen lassen brauchen und daß im übrigen die Leute Anspruch darauf haben, den Abrechnungen zu erhalten, wenn die Firma auf ihrem Abzug bestehen bleibt. Da die Puder jedoch selbst mit einem kleinen Abzug einverstanden sind, wird den Parteien ausgesprochen, sich über die Höhe des künftigen Abzuges im Betriebe zu verständigen.

59 Kutscher und Chauffeurs der Firma C. P. S., Friedenau, verlangen vom Schlichtungsausschuss eine Entscheidung, weil die Firma ihre Lohnforderung abgelehnt hat. Bei täglich eifriger Arbeit beträgt der bisherige Verdienst 60—68 M. die Woche. Für Sonntagsdienst wird eine Extrabergütung gewährt. Die Firma hatte im Betrieb jede Zulage abgelehnt, erklärte sich jedoch, nachdem sie die Stellungnahme des Schlichtungsausschusses kennen gelernt hatte, bereit, den Verdienst um 5 M. für die Woche zu erhöhen.

151 Schlosser und Klempner der Firma A. E. W. Rosenthal konnten sich mit ihrer Firma über eine zu gewöhnliche Zulage nicht verständigen. Die Arbeiter haben am 18. März eine Zulage von 10 Pf. erhalten. Die Firma war auch bereit, ihnen vom 15. Mai ab weitere 5 Pf. zu gewähren und in einigen Wochen nochmals 5 Pf. Die ganze Beschäftigung bestand nun darin, daß die Firma sich bezüglich der zweiten 5 Pf. nicht an einen bestimmten Termin binden wollte. Dieser Ansicht konnte sich der Kriegsausschuss nicht anschließen, und es erging ein Schiedsspruch dahin, daß die erste Zulage, die die Firma zugestimmt hatte, am 15. Mai und die zweite Zulage von 5 Pf. am 15. Mai eintraten sollte.

91 Maschinenarbeiter der Firma Sch., Wildau, verlangen ebenfalls eine Entscheidung, weil die Firma die Erhöhung des Lohnes abgelehnt hat. Es wird festgestellt, daß der Durchschnittsverdienst bisher 2 M. für die Stunde betragen hat, und da die Forderung der Arbeitnehmer 25 Proz. beträgt, wünschen sie also eine Zulage von 50 Pf. für die Stunde. Diese Forderung wird vom Kriegsausschuss abgelehnt; jedoch wird den Arbeitern bei Beginn der neuen Lohnperiode eine Zulage von 10 Pf., nach weiteren 4 Wochen nochmals 5 Pf. zugesprochen.

12 Einrichter der Firma A. A. G., Charlottenburg, rufen nach § 18 des Kriegsdienstgesetzes den Schlichtungsausschuss an. Die Arbeiter hatten neben ihrem Verdienst bisher eine Prämie, die einen erheblichen Teil ihres Verdienstes ausmachte. Der Stundenlohn betrug 1,80 M. und im Afford wurde ein Verdienst von 2,53 bis 2,63 M. erzielt. Durch die Umstellung des Betriebes von Messing zu Eisen wird gegenwärtig nur reiner Lohn gearbeitet, und die Arbeiter haben dadurch einen bedeutend geringeren Verdienst. Sie verlangen den Fortfall jeder Prämie und die Erhöhung des Stundenlohnes um 20 Pf. Die Firma hatte allerdings den Stundenlohn schon bisher auf 1,55 bis 2,45 M. erhöht, als Ausgleich für den Fortfall der Prämie während der Umstellungszeit. Das Verlangen der Leute, künftig nicht mehr unter dem Prämienlohn zu arbeiten, wird vom Kriegsausschuss als durchaus gerechtfertigt erachtet und der Firma aufgegeben, künftig unter Fortfall der Prämie denjenigen Einrichtern, die bisher mit Prämie gearbeitet hatten, je eine Lohnzulage von 15 Pf. für die Stunde und den übrigen eine Lohnzulage von 10 Pf. für die Stunde zu gewähren. Sollte jedoch die Firma sich dem Vorfall des Kriegsausschusses auf Abschaffung der Prämie nicht anschließen, dann würde bei Wiedereintritt der Prämie diese Lohnzulage in Fortfall kommen.

## Eine Ermahnung vor Einstellung der Arbeit.

Bern, 22. Mai. „Nouvelles de Lyon“ gibt bekannt, daß die Syndikatskammer der Metallindustrien Lyons gestern abend in allen Fabriken Maueranschläge anbringen ließ, nachdem getaktweise verlautet war, gewisse Arbeiter der Kriegsbetriebe würden heute die Arbeit einstellen. Der Aufruf ermahnt die Arbeiter, in dem Augenblick, wo eine neue deutsche Offensive unvermeidlich bevorstehe die Arbeit für die Landesverteidigung nicht aufzugeben; keine Minute dürfe verloren gehen, eine größere Anstrengung als je sei unbedingt notwendig.

## Industrie und Handel.

### Verstaatlichung des russischen Außenhandels.

Ein Dekret, das auch für den sehr bedeutenden Handel Deutschlands mit Rußland sehr folgenreich ist, wurde von dem Rat der Volkskommissare erlassen:

1. Der gesamte Außenhandel wird nationalisiert. Handelsabmachungen mit ausländischen Staaten und einzelnen Handelsunternehmen im Ausland wegen Kauf und Verkauf von Produkten aller Art werden im Namen der russischen Republik von besonders hierfür bevollmächtigten Organen getätigt. Jedwede Handelsabmachungen mit dem Auslande zur Ein- und Ausfuhr unter Umgehung dieser Organe werden verboten. (Anmerkung: Die Bestimmungen für

die Ein- und Ausfuhr von Postpaketen und Gepäck von Reisenden werden gesondert herausgegeben werden.)

II. Das den nationalisierten Außenhandel verwaltende Organ ist das Volkskommissariat für Handel und Industrie.

III. Zur Organisierung der Ein- und Ausfuhr wird beim Volkskommissariat für Handel und Industrie der Rat für den Außenhandel gegründet. Dem Rat gehören Vertreter folgender Ressorts, Anstalten und Organisationen an: a) Der Kriegs-, Marine-, Landwirtschafts-, Verkehrs-, Arbeits-, Auswärtigen- und Finanzressorts; b) Vertreter der Zentralorgane für Regelung und Verwaltung folgender Produktionszweige wie: Zentro-Les, Zentro-Fuder, Zentro-Tegil usw., sowie Vertreter sämtlicher Abteilungen des Obersten Rates der Volkswirtschaft; c) Zentralorganisationen der Genossenschaften; d) Zentralverwaltungen der handelsindustriellen und landwirtschaftlichen Organisationen; e) Zentralorgane der gewerkschaftlichen Verbände und der handelsindustriellen Angestellten; f) Zentralorgane der Handelsunternehmen für die Ein- und Ausfuhr wichtiger Produkte. (Anmerkung: Dem Volkskommissariat für Handel und Industrie bleibt es überlassen, zur Beteiligung an dem Rat für den Außenhandel Vertreter von hier nicht erwähnten Organisationen heranzuziehen.)

IV. Der Rat für den Außenhandel verwirklicht den Plan des Warenverkehrs mit dem Auslande. Ihm obliegen folgende Aufgaben: 1. Feststellung der Nachfrage und des Angebotes der aus- und einzuführenden Produkte; 2. Organisation der Vorratswirtschaft und des Einkaufs unter Zuhilfenahme der entsprechenden Zentralstellen einzelner Industriezweige, bei deren Fehlen aber — unter Vermittlung von Genossenschaften, eigenen Agenturen und Handelsfirmen; 3. Organisation des Einkaufs im Auslande; a) mit Hilfe staatlicher Einkaufskommissionen und Agenten, Genossenschaften und Handelsfirmen; 4. Feststellung der Preise der Aus- und Einfuhrwaren.

V. Der Rat für den Außenhandel wird in Abteilungen nach Industriezweigen und den wichtigsten Gruppen von Aus- und Einfuhrwaren eingeteilt, wobei Vertreter des Volkskommissariats für Handel und Industrie als Vorsitzende der Abteilungen fungieren.

VI. Das gegenwärtige Dekret tritt mit dem Augenblick der Veröffentlichung in Kraft.

Die Nationalisierung oder Verstaatlichung des gesamten Außenhandels ist eine notwendige Ergänzung der sozialisierten Binnenwirtschaft. Auch in Deutschland ist während des Krieges eine völlige Verstaatlichung des Außenhandels notwendig geworden: die Ausfuhr aller Waren von einiger Bedeutung ist von einer Ausfuhrerlaubnis abhängig und gegen die Einfuhr ist ein allgemeines Verbot erlassen, von dem von Fall zu Fall Ausnahmen zugelassen werden.

Zwischen der deutschen und russischen Verstaatlichung des Handels bestehen aber sehr wesentliche Unterschiede: In Deutschland ist die Verstaatlichung des Außenhandels als Kriegsmäßnahme gedacht, also weder vollständig noch dauernd; in Rußland ist sie umfassend und auf „ewige Zeiten“ berechnet. In Deutschland findet sie ihr Gegenstück in einer obrigkeitlichen, rein polizeilichen Bindung der Binnenwirtschaft; in Rußland wird die Verstaatlichung der Produktionsmittel, also eine durchaus organische Regelung angestrebt.

## Soziales.

### Zur Steuerzahlung der Kriegsbekämpften.

In einem Rundschreiben des preussischen Finanzministers vom 4. August 1914 wurde darauf hingewiesen, daß es bei der Verdrängung rückständiger Steuern und bei der Verteilung von Anträgen auf Stundung fälliger Steuern gegenüber den zum Heeresdienst einberufenen Steuerpflichtigen geboten sei, „mit nachsichtigem Entgegenkommen“ zu verfahren.

Interim 7. Februar 1918 wurde dieser Erlaß in Erinnerung gebracht und weiter ausgeführt, daß eine gleich schonende Behandlung auch den vom Heeresdienst entlassenen, zu ihrer bürgerlichen Beschäftigung zurückgekehrten Pflichtigen am Platze sei. In besonderer Nähe gelte dies von den wegen Kriegsbekämpfung aus dem aktiven Dienst Entlassenen. Die Kriegsbekämpften wie auch die nicht direkt bekämpften Entlassenen, die in ihrer körperlichen und geistigen Leistungsfähigkeit durch die Strapazen des Feldzuges Einbuße erlitten, würden Nähe haben, sich wieder in den bürgerlichen Verhältnissen zurecht zu finden. Diese Umstände seien bei der Reueveranlagung sorgfältig im Auge zu behalten. Insbesondere sei zu prüfen, ob bei solchen Personen ohne weiteres wieder mit einem mutmaßlichen Arbeitsvermögen in der gleichen Höhe wie vor dem Kriege gerechnet werden kann. Andererseits dürfte auch die inzwischen eingetretene Steigerung der Arbeitslöhne nicht unberücksichtigt bleiben. In manchen Fällen seien auch die Gesamterhältnisse der Familie durch die längere Abwesenheit des Ernährers wesentlich beeinträchtigt worden und Umstände eingetreten, denen durch eine Ermäßigung nach § 20 des Einkommensteuergesetzes, monach besonders, die Leistungsfähigkeit der Steuerpflichtigen wesentlich beeinträchtigende wirtschaftliche Verhältnisse eine Ermäßigung der Steuerlast bis zu drei Stufen zulassen. Rechnung getragen werden diese. Diese Gesichtspunkte seien sorgfältig zu beachten und dafür Sorge zu tragen, daß auch von den den Vorsitzenden der Veranlagungskommissionen unterstellten Organen danach verfahren wird.

Da die Veranlagung der Arbeitseinkommen unter 3000 M. in der Regel auf Grund des Lohnzettels erfolgt, ist der Hinweis auf die Anwendung des § 20 des E.-St.-G. besonders wichtig. Allerdings ist mit der Ermäßigung bis zu drei Stufen nicht alles viel gewonnen. Es bleibt daher insbesondere Aufgabe der Veranlagungs-Unterkommissionen und -Kommissionen die Verhältnisse der Kriegsbekämpften bei der Einrückung von vornherein gebührend zu berücksichtigen.

(Wiederholt, weil nur in einem Teil der gestrigen Auflage.)

### Sparfame Bauweise.

Der Wettbewerb für sparsame Bauweise im Kleinwohnungs- und Siedlungsweien, den der Reichsverband zur Förderung sparsamer Bauweise e. V. (Sib Berlin, Mohrstr. 8) ausgeschrieben hat, und dessen Frist am 3. Mai d. J. abgelaufen war, hat eine starke Beteiligung gefunden. 1600 Architekten, Ingenieure und Volkswirtschaftler hatten die Unterlagen eingefordert. Eingegangen sind 250 Arbeiten von 245 Bewerbern. Man darf also hoffen, daß die so wichtige Kleinwohnungsfrage nach dem Kriege, die augenblicklich die weitesten Kreise beschäftigt, durch diesen Wettbewerb ihrer Lösung ein gutes Stück näher gebracht wird.

(Wiederholt, weil nur in einem Teil der gestrigen Auflage.)

## Jugendveranstaltungen.

Arbeiterjugend Liden. Heute Freitag abend 8 Uhr im Jugendheim, Lindenstr. 1, II. Hof L. 3 Tr.: Bezirksbesprechung Neustolln. Heute Freitag abend 8 Uhr, im Jugendheim, Weißelstraße 86/87 (Arbeiterhandelskass): Diskutierabend.

Verantwortlich für Politik: Erich Kautner, Berlin; für den übrigen Teil des Blattes: Fritz Scholz, Neustolln; für Anzeigen: Theodor Glode, Berlin. Verlag: Westfälisch-Berling G. m. b. H., Berlin. Druck: Westfälisch-Berling-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin, Lindenstraße 3. Hierzu 1 Beilage und Unterhaltungsblatt.